

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 4. August 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Friedensschluß statt Waffenstillstand!

London, 3. August. (Reuter.) Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden.

Offenbar will Rußland damit jeden Mißbrauch des Waffenstillstands zu neuer Kriegsgefahr und -rüstung verhindern.

Völkisch-wirtschaftlicher Siegesbericht.

Paris, 3. August. Havas veröffentlicht folgenden Bericht der Bolschewiken vom 2. d. M.: In der Gegend von Lomcha wurden die Ukr des Bohr und des Rarow überschritten.

tion Palmaschew. Vier Geschütze wurden erbeutet. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neues Gebiet erobert.

Russisch-finnische Differenzen.

Amsterdam, 3. August. (B.L.V.) Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen, die am 27. Juli in Dorpat wieder aufgenommen worden waren, mühten wegen entstandener Schwierigkeiten wieder ausgesetzt werden.

Raffont aus Rußland ausgewiesen!

Rom, 3. August. (W.T.V.) Ein Funkpruch aus Rußland vom 3. August meldet, daß der französische sozialistische Abgeordnete Ernest Raffont und Gemahlin auf Befehl Trozki's ausgedrängt wurden, Rußland zu verlassen.

Begrabener Streit?

Von Victor Schiff.

Mit einem Gefühl der Erleichterung hätte der allergrößte Teil der deutschen Sozialdemokratie die Kunde vernommen, daß unsere Delegation in Genf die Resolution über die Schuldfrage als gänzlich unannehmbar glatt abgelehnt hätte.

Es muß zwar bei einer solchen Erörterung vorausgesetzt werden, daß die Genossen, die an Ort und Stelle unseren Standpunkt zu vertreten hatten, besser in der Lage gewesen sein müssen als wir, festzustellen, was zum Zeitpunkt ihres Eintreffens überhaupt noch zu retten war.

Genf über Versailles.

Genf, 3. August. (W.T.V.) Der Internationale Sozialistenkongress setzte heute vormittag seine Arbeiten fort. In der Besprechung der von der Kommission eingebrachten Resolution über die Stellung der Internationalen zum Völkerbund, erklarte

Engberg (Schweden).

daß der Völkerbund zwar sehr der Verbesserung bedürftig sei, daß der heutige Zustand Europas aber doch nicht so beunruhigend sei, wie vor dem Jahre 1914.

Troelstra (Holland)

teillertete die Resolution als zu wenig scharf gefaßt. Er tabelte vor allem, daß Sowjetrußland vom Völkerbund ausgeschlossen sei und bekämpfte insbesondere die Bestimmung, daß nur diejenigen Nationen zugelassen werden, die ihren Verpflichtungen nachkommen.

Stanning (Dänemark)

übte scharfe Kritik an dem Vertrag von Versailles und am Völkerbund und erklärte, daß die Uneinigkeit der Nationen heute größer sei denn je. Aufgabe des Sozialistenkongresses sei es, auf diese Tatsache hinzuweisen und dagegen Stellung zu nehmen.

Bernstein (Deutschland)

erklärte, daß der Vertrag von Versailles für die Deutschen eine große Enttäuschung bedeute, weil die Alliierten gegen die deutsche Republik dieselbe Stellung einnehmen wie früher gegen das kaiserliche Deutschland. Die deutsche Revolution sei aber durchaus ernst zu nehmen und sei nicht etwa ein Versuch gewesen, sich der Verantwortung zu entziehen.

Es gibt keinen Völkerbund, nur einen Bund von Staaten. Wir schließen uns Troelstra an, die Massen müssen handeln. In England haben sich Arbeiter gegen diesen Frieden erhoben.

Der Kongress beschließt daraufhin eine neue Kommissionsberatung.

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Genf, 3. August. (W.T.V.) In der Dienstagssitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses, in der Sache Deutschland den Vorsitz führte, wurde ein Antrag der Engländer über die Nationalisierung der Bergwerke erörtert.

Teiligung der Macht des Kapitalismus und der Bürokratie im Bergbau und deren Uebergang in die Verwaltung einer Körperschaft, in der Vertreter der Arbeiter, der Verbraucher und des Staates vorhanden seien.

In den letzten sechs Jahren sei die Erzeugung um 400 Millionen Tannen zurückgegangen. Einzig Amerika weise eine bescheidene Steigerung der Erzeugung auf.

Der Internationale Kohlenrat.

wie ihn die Deutschen vorschlugen, würde nur dann einen Zweck haben, wenn die Nationalisierung durchgeführt wäre. Der Internationale Kohlenrat werde die Erzeugung zu regeln, die Preise festzusetzen und die Verteilung vorzunehmen haben.

Im Busch (Deutschland), vom Christl. Bergarbeiterverband, der, wie tags zuvor Hue, von der englischen Delegation lebhaft begrüßt wurde, erklärte, daß der Vorschlag der Engländer auf Nationalisierung der Bergwerke bei den deutschen Delegierten großen Beifall gefunden habe.

Bei der Sozialisierung müsse die Einseitigkeit der Bourgeoisie und die Fiskalisierung ausgeschlossen werden durch Beteiligung der Arbeiter an der Leitung und der Verwaltung, wodurch allein die Arbeitslust und damit die Produktion gesteigert werden könne.

Parteil (Frankreich): Notwendig ist, daß der Kongress nicht nur Resolutionen faßt, sondern daß die Bergarbeiter zu einer praktischen Aktion übergehen.

Der amerikanische Delegierte Ayage erklärte, die Erfahrungen in Amerika während des Krieges seien durchaus nicht günstig und ermutigen nicht zur Nationalisierung. Man müsse sehr vorsichtig sein, damit die vorgeschlagene Reform nicht statt einer Verbesserung eine Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter und Kohlenproduktion bringe.

Resolution

Einmütig zur Annahme: Der Kongress beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke einreten, ebenso für die Befreiung der kapitalistischen Besitzrechte und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter der Staaten der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten.

einmütig zur Annahme: Der Kongress beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke einreten, ebenso für die Befreiung der kapitalistischen Besitzrechte und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter der Staaten der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten.

Der Karren war verfahren, und zwar von jenem Augenblick an, wo man sich widerspruchslos darauf eingelassen hatte, über Schuldfragen mit denjenigen Leuten zu debattieren, die nach Genf ohne jede moralische und materielle Berechtigung als Vertreter des französischen Sozialismus gekommen waren.

Hätten sie ja selbst eine Anklageschrift verfaßt und verbreitet, in der von der „niederträchtigen Politik der deutschen Sozialdemokraten“ und dergl. die Rede war. Man mußte geradezu den Eindruck gewinnen, daß diese Herren überhaupt nur nach Genf gefahren waren, um parteipolitische Geschäfte zu machen und um sich später als diejenigen vor ihren Wählern hinstellen zu können, die „mit Scheidemann abgeredet“ hätten, im Gegensatz zur wirklichen Sozialistenpartei, die in der Tat längst nicht mehr daran denkt, mit Schulddebatten die Geschäfte der Nationalisten zu belegen, und die, wenn sie uns zwar heute beschebet, es aus ganz anderen, nämlich revolutionär-taktischen Gründen tut.

Daß der Genfer Kongress ihre Zulassung beschloß, ist gerade vom Standpunkt der Zukunft der zweiten Internationalen ein schwerer Fehler, weil damit die Möglichkeit ihrer Wiedervereinigung mit den wahren Sozialisten Frankreichs wesentlich erschwert worden ist.

Aber genug damit und kommen wir zur Resolution selbst. Was darin, namentlich im ursprünglichen Text, besonders empörend war, das war das willkürliche Herausgreifen von jenen vier oder fünf Sätzen aus den sechzehn Seiten der deutschen Denkschrift, welche dann, aus dem Zusammenhang herausgerissen, als eine Selbstanklage erscheinen mußten. In Wirklichkeit ist der Sinn der Denkschrift, daß die Sozialdemokratie während des Krieges im ganzen gar nicht anders handeln konnte, als sie es getan hat, und daß sie sich diese Haltung, als Ganzes genommen, nicht zum Vorwurf machen kann und will. Ja, wäre wenigstens diese ausdrückliche Feststellung in die Resolution hineingenommen worden, dann könnte man alles andere zur Not noch hingehen lassen. Denn worum handelte es sich denn eigentlich bei dieser Debatte über die Verantwortlichkeitsfrage? Sollte eine Schuld der Machthaber festgestellt werden oder eine Schuld der Sozialdemokratie? Würde es sich nur um das erstere gehandelt haben, so hätte eigentlich kein anderes Interesse, als das Interesse zur historischen Wahrheit und zu Einwendungen veranlaßt. Selbst wenn die Schuld der deutschen und österreichischen Machthaber nur halb so groß wäre, dann würden sie es dennoch tausendmal verdienen, dem Abscheu der Völker preisgegeben zu werden. Wir selbst haben sie dem Abscheu des deutschen Volkes preisgegeben, als wir nach der Revolution infolge der verschiedenen Anarchisierungen die ersten greifbaren Beweise ihrer Schuld in die Hände bekamen. Aber was wir nicht wollen, das ist, daß die Poincaré, Vorihou, Ksmolsky, Pastich, Delassé, Korbelskisse reingewaschen werden — und das ist es, was Herr Rogier mit dieser einseitigen Resolution beinahe reiflos geglaubt ist. Und zwar in einem Augenblicke, in dem die wirklichen Sozialisten in Frankreich sich immer gründlicher mit der Frage des Anteils ihrer Staatsmänner am Kriegsausbruch befaßten und in dem die französische „Liga der Menschenrechte“, der nicht nur Sozialisten angehören, eine ernste Prüfung dieses Themas mit Referenten und Korreferenten organisiert hat. Ganz allgemein wird nur das kapitalistische System angeklagt und unmittelbare Schuld wird nicht ausschließlich Deutschland zugeschoben — sonst aber erklärt die Internationale, daß die Weltgeschichte erst mit den Tagen nach Serajevo anfängt; dies obendrein bei ausschließlichem Kenntnis der Archive der besiegten Länder.

Aber die Gegenseite hat es in Genf sehr geschickt verstanden, in diesem einen Schriftstück die Frage der Schuld der Sozialdemokratie mit der Frage einer Schuld der deutschen Sozialdemokratie zu verquicken. Als hätten wir allein uns über unsere Haltung zu verantworten. In der „Humanität“ vom 29. Juli liest man einen scharf polenischen Artikel von Victor Mérie gegen die Zweite Internationale, in dem an die Stuttgarter Resolution (1907) erinnert wird durch die sich die Sozialisten verpflichten, falls der Krieg einmal ausgebrochen wäre, sich dafür einzusetzen, daß er so schnellstens zu Ende gehe. Ja, wer hat denn von der ersten Stunde an alles versucht, um den Kontakt mit den ausländischen Sozialisten wieder zu gewinnen und um den Frieden wieder herzustellen und wer hat bis zuletzt jeden Kontakt, jede Friedensbesprechung, einschließlich der Stockholmer Konferenz, Kross abgelehnt? Mérie beantwortet die letzte Frage selbst: Es waren die Franzosen und die Belgier.

Danon und von vielen anderen ähnlichen Dingen sagt die Genfer Resolution nichts. Dagegen enthält sie eine dreifache Erklärung des deutschen Vertreters in der Unterkommision, gegen die an sich nur wenig einzumenden wäre, wenn man nicht dahinter Absichten von französischer Seite erblickte, gegen die ganz entschieden protestiert werden muß. Die erste Erklärung betreffend Gefährdung des Weltfriedens durch den Frankfurter Frieden enthält an sich nichts Neues. Um zu wissen, daß Marx und Engels die ge-

wollkame Amerikaner Schlag-Lothringens getadelt haben, brauchte man um so weniger eine besondere Resolution im Jahre 1920 in Genf, als ja Debel und Wilhelm Liebknecht bereits im Jahre 1871 im Deutschen Reichstag namens der deutschen Sozialdemokratie dagegen protestiert hatten. Aber ich erblicke in dem Wunsch der Gegenseite, daß diese Erklärung Adolf Brauns in der Resolution stehe, den Versuch, die ganze Revanchepolitik des amtlichen Frankreichs in den letzten 50 Jahren zu rechtfertigen. Und was den Satz anbelangt, daß es für Deutschland keine eloh-lothringische Frage mehr geben darf, so ist er eine Selbstverständlichkeit, wenn er den Verzicht auf eine Revanche durch das Schwert zum Ausdruck bringen soll. Ich hätte persönlich folgende Fassung vorgezogen: „Für die deutsche Sozialdemokratie gibt es ebensowenig eine eloh-lothringische Frage, als es eine solche vor dem Kriege für die französischen Sozialisten gegeben hat.“ Und den Franzosen hätte ich sehen wollen, der gegen diese Fassung Einspruch erhoben hätte!

Gegen die zweite Erklärung (Verbrechen an Belgien und Mißhandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten) ist natürlich um so weniger etwas einzumenden, als ja die Gegenseite entsprechende Erklärungen bezüglich der deutschen besetzten Gebiete abgegeben hat.

Aber die dritte Erklärung über die Verpflichtung, die das republikanische Deutschland selbst anerkennt, die Folgen wiedergutmachen, die das kaiserliche Deutschland durch seinen Angriff „ausgelöst“ hat, erscheint mir deshalb höchst bedenklich, weil sie in anderen Worten sozusagen dasselbe erklärt, was der berühmte Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages, der moralische Grundweiser des ganzen Versailler Mordinstrumentes, besagte: Deutschland hat den Krieg „ausgelöst“, folglich muß es die Folgen wiedergutmachen. Und die jüngsten Artikel des Herrn Aubriot kurz vor dem Genfer Kongreß bekräftigen mich nur in der Ansicht, daß er gerade dieses Ziel der Anerkennung der deutschen Schuld und der deutschen Pflicht zur Wiedergutmachung verfolgte. Mit dieser Resolution soll nun der Versailler Frieden in seiner größten Ungerechtigkeit, der Aufbürdung sämtlicher Lasten auf die Schultern der Deutschen, durch die Internationale geheiligt werden. Was der Genfer Kongreß inzwischen gegen das Versailler Diktat beschließt, wird Herrn Aubriot und seinen Freunden daneben gänzlich gleichgültig sein.

Wenn unsere Genossen in Genf dieser Resolution schließ- lich, wenn auch sichtlich schweren Herzens, zugestimmt haben in dem Glauben, daß nunmehr der Streit endgültig abge- rufen sein wird, so zeigt schon die lebhafteste Erregung, die diese Resolution in Deutschland auch in den Kreisen der Partei hervorruft, daß sie sich hierin getäuscht haben. Es fragt sich besonders, ob das Opfer, das sie gebracht haben, wirklich der Mühe wert war. Gäßen sie dem Kongreß an: „Ihr habt die Wahl zwischen uns, der deutschen Mil- lionenarmee, oder dem Häuflein von aus ihrer Partei hin- ausgeworfenen Franzosen“, dann glaube ich bestimmt, daß diese ganz überflüssige, einseitige und schädliche Resolution unterbleiben wäre. Die „Dissidenten“ wären nach Paris zurückgefahren. Damit wäre der Zweiten Internationale aber nur gedient, und der leidige Streit zwischen Sozialisten über die „Schuld“ wirklich und endgültig begraben ge- wesen.

Deutschland und der Bolschewismus.

Von schreibt uns:
Unter diesem Titel veröffentlichte Wladimir Burhoff kürzlich einen Aufsatz in einem Berliner Blatt. Der Burhoff ist, wieh man, Er hatte sich als bürgerlicher Ideologe, wie so viele andere seines- gleichen unter dem persönlichen Regime, unter die Sozialisten

vertrug und so zu seiner Spezialität die Aufdeckung von Loh- (spiebel gemacht. So hat er auch Augen als Lohspiegel entlarvt. Dann kam der Krieg und Burhoff wurde ein begeisteter An- hänger des Jarrismus, was dieser ihm seitlich schlecht dankte. Burhoff fuhr fort zu enthüllen. Da der Kriegsbegeisterte aber nicht mehr gut jarristische Soldaten entlarven konnte, ver- legte er sich auf die Enttarnung deutscher Lohspiegel. Wer durch den Krieg nicht zum Jarristen geworden war, der war „von Deutschland gekauft“. Das Rezept war einfach und wirkungsvoll und scheint in Frankreich auch heute noch seinen Rarn zu ernähren. Trotski, Lenin, Sinowjew, Kameneff usw. haben nicht etwa politische Überzeugungen, die zu verdammen sind, die für Rußland sowohl wie für die übrige Welt verhängnis- voll sein müssen. Nein, Nabel, Joffe, Lenin usw. sind deutsche Lohspiegel. Die ganze russische Revolution ist von Deutsch- land bezahlt, made in Germany.

Diese Theorie entwickelt Burhoff auf der ersten und zweiten Seite der — „Boskischen Zeitung“. Und die findet kein Wort der Erwiderung! Dann kann Burhoff sich hinsetzen und verüben: Die Deutschen haben es selbst eingestanden, daß sie die Lenin, Trotski, Budarin usw. bezahlten, denn eines ihrer führenden Blät- ter hat es selbst veröffentlicht.

In der französischen Presse kann man jetzt wieder die bekannten Enten lesen über das Zusammenarbeiten der Bolsche- wisten und Deutschland. In der Nummer vom 28. Juli derselben regierungstreuen „Victorie“, an der Burhoff mitarbeitet, kann man nicht weniger als vier solcher aus Spillingford, Berlin, Riga und London datierter, in Paris veröffentlichter Depeschen lesen. Sogar der verstorbene von Klud feiert da seine fröhliche Auf- erstehung und sitzt in Moskau, an der Ausarbeitung der mili- tärlichen Pläne beschäftigt!

Der Zweck der Übung ist klar. Die französischen General- stäbe bereiten sich für alle Fälle die nötigen „Beweise“ vor, daß Deutschland die Neutralität zugunsten Sowjetrußlands verletzt hat. Rußland Kriegsbilke geliefert hat.

Reiß das die „Boskische Zeitung“ nicht, sie, die doch offenbar Beziehungen in Frankreich hat! Und wenn sie es weiß — und sie kann es unmöglich nicht wissen — welchen Zweck hat dann die Veröffentlichung des Artikels von Burhoff, der doch augen- scheinlich ein Agent Frankreichs ist?

Siemens bleibt im Amte.

Eine Erklärung des Ministers Haenisch.
Wie die B. P. R. erfahren, hat Kultusminister Haenisch am 30. Juli dem Verband sozialistischer Lehrer und Lehre- rinnen auf die von uns bereits mitgeteilte Eingabe folgende Antwort gefandt:

„Ihre Zuschrift vom 24. d. M. habe ich erhalten. Gleich Ihnen bedauere ich lebhaft das harte gegen den Oberlehrer Dr. Siemens gefällte Urteil des Offener Landgerichts, wenn ich selbstverständlich mit euch in meiner Stellung als Minister in der Bewertung dieses Urteils die äußerste Zurückhaltung auflegen muß, und wenn ich mir auch natürlich nicht den geringsten Zweifel daran erlaube, daß dieses Urteil nach bestem Wissen der be- teiligten Richter gefällt worden ist. Die Verurteilung des Ober- lehrers Dr. Siemens bezog in keiner Weise meine Wert- schätzung seiner hohen menschlichen und pädagogischen Qualitäten zu ändern. Es vertritt sich, daß auch die weitere Verwendung des Herrn Dr. Siemens im preussischen Schuldienst durch seine Ver- urteilung in keiner Weise berührt wird.“

Inzwischen wird das Amnestiegesetz ja auch diesen Ver- teidiger der Republik vor dem Gefängnis der Republik be- wahren.

Personalsnachrichten aus der preussischen Verwaltung. Die „B. P. R.“ erfahren von zuständiger Stelle: Oberpräsidentrat Hansen vom Oberpräsidium in Kiel ist zum Regierungspräsi- denten in Schleswig ernannt worden. Regierungsrat Freiherr von Münchhausen, bisher im Ministerium des Innern be- schäftigt, ist kommissarisch mit der Verwaltung des Landratsamts in Stolzenau beauftragt worden.

Knut Hamsuns Lob.

Der norwegische Dichter, dessen schöpferische Eigenart unsere Leser jetzt am vollen Ausmaß „Segen der Erde“ erleben, wird heute 60 Jahre alt. Wir legen aus diesem Anlaß aus der reichhaltigen Charakteristik Hamsuns, mit der Walter v. Wolke seine Auswahl von Hamsuns Erzählungen (Verlag Albert Langen, München) eingeleitet hat, einige Sätze her:

Hamsuns Garten ist vom schäbigen Glashaus des Welt- gangen beschränkt, sein Dach ist der Himmel, seine Wände sind die Unendlichkeit, sein Humus ist seine, ohne jeden Verlust, unablässig Energie der Schönheit ausstrahlende Seele voll göttlicher Kraft, aus der seine Glasauslast, das ist der ihm von Gott verliehene heiße Atem der Schöpfungstage, weht. Nicht Schönheit ärthelicher Hirtel, nicht selbige, punzierte Schönheit gibt er, er kennt nur die Schönheit der Kraft des Lebenspiels! Schönheit ist ihm das gewaltige, brutale, unausschöpfliche, unendlich weise und gütige, faszinierende Rätsel des Weltalls, das die Erde in allen Poren durchdringt und beherzcht, das den Menschen spielen und dabei lernen und leiden heißt, das ihn, ist er für hier zu weise geworden, durchdringt er die, für ein endliches Ziel, zwecklose Arbeit seines Seins, gnädig an die Brust schließt, was sterben heißt, um ihn neu, in anderer Form wieder zu erwecken, damit er mit neuer Ein- fallskraft am endlosen Linnen der Ewigkeit wieder mitzuspinnen vermag! Diejem Ziele schließt sich Hamsun, so sehr er auch be- müht ist, nicht zu „grübeln“, unentwegt, in unbemüht selbstüber- wicher Sehnsucht gierig zu. Er denkt“ nicht, er gestaltet, aber seine Seele, die „anzuändern“ fähig ist, wie wenige, hat die Ver- nunft und die Weisheit des Atal! Wie ein Voge der Schöpfung steht Hamsun unter seinen Mitmenschen; höchlichst demübert über sich selbst, doch gehoriam am Werk, dem ehernen Gebote fol- gend, das aus ihm läut. Er „weiß“ nichts, er will nichts wissen, doch das Gefühl weiß alles; dieses Gefühl ist in ihm. Hamsuns können durchläßt alle Torsletten des vorhandenen Geschehens; es ist Klang, entsetzend durch das träumerische Weiten der Dand des Wunders über alle Seiten der Weltentharfe. Hamsun erzählt oft im Ab-Ton, doch ist es nicht sein Red, das redet, es ist die Ob- jektivität der Welt, die er ist, das Rollenpiel der Ewigkeit. Er muß dichten. Hamsun ist höchst einfach wie der Mensch im Para- dies, er ist raffiniert kokett, herb und eult höchste geizig und ge- schmackvoll. Das Vernünftige wird unter seinen furchtlos und un- bekümmert formenden Seelenhänden abseig schön. Er ist der be- weglichste Penitentiast, der eleganteste, fastastische Plauderer, der fabelhafteste Reiseschreiber, der Schriftsteller voll Handwerker- stolz; er ist stets Dichter! Er ist heiter und grotesk komisch, Meister der Göttergötter, Herrscher über den Hillostischen und Tölpelchen, voll Wit und Humor, voll Verschlagenheit und verblü- fender Offenheit, voll Kavität und Scharfsinn, voll Gefühl und

Geist, voll Instanz und Vernunft, er ist die menschliche Tragikomödie an sich, die er genussüchtig, als göttlicher Tanzmeister, zu ewig neuem Reigen gruppiert. Er ist durch und durch Erlebniswesen! Er voll der feinsten Nervensensibilität, er ist unerfänglich durch Er- lebnisempfinden, die seinen Schöpfungen die brausende Einsinnigkeit der Hülle geben, die sein Werk, das über der Mode steht, erhält. Er dampft von Triebfähigkeit und innerer Spannung, die er in seine Wäcker gießt, die durch diesen mitreißenden Spannungsdrehtum leuchtend wie ein lebender Körper.

Die Mainlinie des Rauchers kennt ihr die Geschichte von dem russischen Vorken, der zweihundert Jahre lang an ein und derselben Stelle steht, ohne Zweck, ohne Sinn? Es war die Stelle an der die russische Kaiserin mit beionderer Vorliebe Blumen pflanzte. Und damit ihr niemand die Blumen wapschlichte, hat sie ihren Adjutanten, einen Posten hinzusetzen. Der Posten wurde bingestellt und abgelöst. Als man nach 200 Jahren nachforschte, warum eigentlich an dieser Stelle ein Posten stehe, erfuhr man die Geschichte von den Blumen der Kaiserin.

Die Geschichte hat ein Analogon. Vor dreißig Jahren war das Rauchen im Speisewagen des Junges Berlin-München streng ver- boten. Doch nur für den preussischen Teil der Strecke. Sowie man die Grenze überfuhr, konnte man rauchen. Fuhr man umgekehrt, von München nach Berlin, dann erschienen in Saalfeld Rechner, Auf- sichtsbeamte, Zugführer und sahen nach, ob alles die Zigarre bet- teite gelegt hatte; Bayern war vordel, das Rauchen war vordel.

Tausendmal wurde gefragt: Warum? Die Rechner zuckten die Achseln, die Aufsichtsbeamten zuckten die Achseln, ebenso das Juppensional. Warum? Vordel! Da gibt es kein Warum.

Es kam der Krieg. In allen Vorschriften wurde gerüttelt. Aber an den Raucherboten und Raucherlaubnissen in den Speise- wagen wurde nicht gerührt.

Es kam die Revolution. Wieder wurden tausend neue Ver- ordnungen erlassen, wieder wurden tausend alle in den Papierkorb geworfen. Aber an das Raucherbot im Speisewagen wagte sich niemand.

Und nun kam endlich die Uebernahme der gesamten deutschen Eisenbahnen auf das Reich. Aber das Raucherbot blieb. Fährst du von München nach Berlin und sitzt im Speisewagen, so darfst du rauchen, solange du dich auf bayerischem Boden befindest. So wie aber der Zug die preussische Grenze passiert, stürzen sich Rechner, Aufsichtsbeamte und Juppensional auf dich los und verbieten dir mit aller Strenge, auch nur einen weiteren Zug aus deiner Zigarre zu tun.

Das Publikum wehrt sich gegen alle derarteten Vorschriften. Alles hier war aber vergebens. Da konnte kein Krieg, keine Revo- lution, keine Verrechlung helfen. Wann wird das Rauchen auch auf preussischem Boden erlaubt sein? M. P.

wichtiges ist es nicht getan; man muß daraus auch die notwendigen Schlüsse für die Gesundheit der Jugend ziehen und mehr als bisher die Bedeutung erkennen, die das Körpergewicht für Medizin und Hygiene besitzt. Auf die Wichtigkeit der Waage als „Gesundheits- barometer“ weist ein englischer Arzt hin und stellt die Forderung auf, daß nicht nur die Babys in den ersten Monaten regelmäßig wogen werden sollen, sondern daß auch jeder Erwachsene sein Gewicht allmonatlich, noch besser allwöchentlich feststellen müsse. Den Kindern soll man beibringen, daß das „Sichwiegen“ ebenso not- wendig und unumgänglich sei wie das Hähneputzen und der Besuch beim Zahnarzt. Die Ärzte stimmen darin überein, daß eine Diag- nose bei Krankheiten in vielen Fällen dadurch außerordentlich er- leichtert werden würde, wenn man einen längeren und genaueren Ueberblick über die Gewichtszunahme und -abnahme des Patienten haben würde. Das Gewicht ist der Barometer der Gesundheit. Wenn man bemerkt, daß das Normalgewicht nach unten oder nach oben überschritten wird, so soll man den Gründen nachgehen, durch die diese Ersetzung bedingt ist, und man wird herausfinden, daß irgend etwas in unserem Organismus „nicht mit rechten Dingen“ zugeht.

Die Gewichtsbestimmungen, die heute in den Schulen vorge- nommen werden, sind nicht genügend häufig und werden nicht ge- nügend angeseht. Man kann aber aus ihnen schon recht inter- essante Tatsachen entnehmen. Das Gewicht schwankt bei Kindern sehr viel mehr als bei Erwachsenen. Viele Kinder nehmen regel- mäßig während der Schulzeit ab und während der Ferien zu, während bei anderen das gerade Gegenteil der Fall ist. Bei Mäd- chen hat man öfter als bei Knaben eine Zunahme des Gewichtes während der Schulzeit festgestellt. Bei normalen Menschen ist das Gewicht im Sommer und im Winter verschieden. Während des Sommers soll der Mensch weniger wiegen als während des Winters. Wenn das Gegenteil der Fall ist, so ist die Ernährung nicht richtig und muß danach abgeändert werden.

Des Uebels Oberste. Die Strohmühle wird im Schauspielhaus nur noch bis 11. August gegeben.

Die Postenrat-Zeitung in Köln, die sich die Förderung literarischer Talente zum Ziel setzt hat — es wurden neuerdings auch Arbeiterdichter mit Ehrengehalt bedacht —, nimmt neue Bewerbungen bis zum 1. Oktober entgegen. Sendungen sind kostenlos vom Oberbürgermeisteramt Köln zu beziehen.

Hilfe für die Akademien. Prof. Seeliger, der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, sprach die Hoffnung aus, daß das Reich zwanzig Millionen zu wissenschaftlichen Zwecken im allgemeinen be- willige. Damit könnten die Akademien ihre bereits eingestellten oder hydroten Arbeiten fortführen. So ist z. B. jetzt auch das Erlernen der „Altsonnlichen Nachrichten“ (Kiel), deren Behälter der preussische Staat ist, gefährdet.

Die Sozialhygienische Akademie in Breslau. Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat die Städte Breslau, Charlottenburg und Düsseldorf zur Errichtung von sozial-hygienischen Akademien ausgerufen, um den Be- dürfnissen nach einer Fortbildung der Redaktionsbeamten und sonstigen im öffentlichen Dienst lebenden Berufe zu entsprechen. Die Vorarbeiten für die Errichtung der Sozial-hygienischen Akademie Breslau sind nunmehr abgeschlossen, der erste Kursus wird im Oktober beginnen. Mit der Leitung der Akademie ist Prof. Karl Franzosky betraut.

Umgestaltung des Rettungswesens

Zu diesem Thema sind uns noch eine ganze Reihe von Zuschriften zugegangen, die abgedruckt zu weit führen würde. Wir lassen hier noch einen Arzt seine Meinung sagen:

Im „Vorwärts“ vom 16. Juli 1920 befaßt sich ein Artikel mit der geplanten Umgestaltung des Berliner Rettungswesens und verlangt als Aufgabe der Zukunft, den ärztlichen Dienst in den Rettungswesen so auszubauen, daß er nicht ausschließlich Vereinstätigkeit sei, sondern auch Gelegenheit bietet, sich soweit als möglich praktisch zu betätigen.

Ein Eingeladener vom 22. Juli 1920 nimmt diesen Gedanken auf und äußert den Wunsch, die Rettungswesen so zu gestalten, daß sie neben ihrem eigentlichen Zweck, erste Hilfe bei Unfällen und plötzlich auftretenden Krankheiten zu leisten, im großen Maßstabe für die Massenpraxis nutzbar gemacht werden können. Es sollen Sprechstunden auf den Wachen eingerichtet, Krankenpatienten fortlaufend behandelt und Besuche gemacht werden. Mit anderen Worten, es soll von Amts wegen und zum Vorteile des Stadtbüro die Nachbehandlung wieder eingeführt werden, wie sie schon früher bei den Unfallsstationen bestand oder stillschweigend geduldet wurde.

Abgesehen davon, daß die Indienststellung der Stationen als Organe der Krankenkassen sicherlich auf den schärfsten Widerstand der Kassenärzte stoßen wird, ist zu erwarten, daß ein derartiger poliklinischer Betrieb wohl eine zahlreiche Klientel in die Rettungswesen locken wird, daß diese selbst aber ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden.

Will man das erstrebte Ziel erreichen, die öffentliche Gesundheitspflege fördern, ohne dabei die Finanzen der Stadt allzusehr zu belasten, so muß man daran denken, einen Plan zu verwirklichen, dessen Zweckmäßigkeit schon oft in dem Kreise der Rettungswesen diskutiert wurde. Ich meine den Plan, die Rettungswesen hauptamtlich anzustellen und ihnen gleichzeitig die Obliegenheiten der Armen- und Schulärzte zu übertragen. Gerade der jetzige Zeitabschnitt, in dem die Bildung der Gemeinde Groß-Berlin sich vollzieht, scheint mir zur Durchführung dieser Maßregel besonders geeignet zu sein.

Daß der Rettungswesenarzt zum Armenarzt eignet, darf ohne weiteres angenommen werden. Seine Tätigkeit als Armenarzt wird sich folgendermaßen gestalten:

Von 8-9 Uhr morgens wird auf der Rettungswache eine Sprechstunde für arme Stadtarbeiter abgehalten. Der diensttunende Arzt behandelt und fertigt ab. Die in der Sprechstunde gemeldeten Krankenbesuche, deren Zahl erfahrungsgemäß nur gering ist, werden vormittags von der Wache aus gemacht. Amte zu besuchen, die abends oder nachts erkrankten, war von jeher schon Aufgabe des Rettungswachenarztes. Der Sprechstundendienst der Armenärzte ist von Armenpatienten kaum überfüllt, also werden es auch nicht die Rettungswachen sein, und der Rettungswachenarzt kann jederzeit vorkommenden Falles notwendige erste Hilfe leisten.

Auch die Eignung als Schularzt kann dem Rettungswachen von niemandem verweigert werden. Er bringt für sein neues Amt genau dieselbe Erfahrung und dieselben Kenntnisse mit wie der prakt. Arzt. Kenntnisse, die ihm etwa fehlen sollten, wird er sich in kurzen usw. leicht erwerben können. In einem wesentlichen Punkte verdient der hauptamtlich angestellte Rettungswachenarzt sogar den Vorzug vor dem jetzigen Schularzt, der sein Amt nur nebenamtlich versieht.

Bisher wurde der Schularzt fast ausschließlich aus den Reihen der meistbeschäftigten Ärzte und Kassenärzte gewählt. Oberwachenärzte waren besonders beliebt. Eine der letzten Wahlen traf sogar einen Arzt, der gleichzeitig Kassenarzt, Wachen- und Armenarzt ist. Bei dieser Auslese darf man wohl neugierig sein und fragen, woher diese vielbeschäftigten Herren die Zeit nehmen, ihre schulärztlichen Pflichten nachgeho zu erfüllen. Diese Zeit wird dem Rettungswachenarzt reichlich zur Verfügung stehen. Er wird auf der Wache während des Vereinstätigkeitsdienstes die Untersuchungen der Schulkinder vornehmen. Wenn er dienstfrei ist, wird er sich die Kinder in der Schule selbst vorstellen lassen.

Also man sieht, daß kein Hindernis besteht, dem Rettungswachen gleichzeitig die Obliegenheiten des Armen- und Schularztes zu übertragen. Wird diese Neuregelung im obigen Sinne beschlossen, so ist bereits ein Teil der Aufgaben gelöst, die der Gemeinde Groß-Berlin, soweit die soziale Fürsorge und Hygiene in Frage kommt, gestellt sind. Infolge Ausfalls der besonderen Ausgaben für Armen- und Schulärzte findet eine übermäßige Belastung des

Staats nicht statt, wenn auch die hauptamtlich angestellten Rettungswachen in eine Gehaltsklasse eingereiht werden müssen, die für jede materielle Sorge, auch für die Zukunft, ersetzt und ihre Arbeitsfreudigkeit fördert.

Wir beabsichtigen nunmehr die Diskussion über die Frage der zweckmäßigen Einrichtung des Rettungswesens vorläufig zu schließen und wollen einmal abwarten, was in dieser Beziehung von den zuständigen Behörden in Aussicht genommen wird, zu denen wir das Vertrauen haben, daß sie Wege finden, durch die keinerlei Interessen verletzt werden. Wir sind allerdings auch der Ansicht, daß bei dem Stande der Finanzen auch auf dem Gebiete öffentlicher Wohlfahrtspflege weisere Sparsamkeit walten muß. Es will uns daher bedünken, daß der Beerlauf, der offenbar in den Rettungswachen herrscht, auf irgendeine Weise vermieden werden müßte; und dafür erscheint sowohl der Vorschlag, die Rettungswachen mit Krankenhäusern zu verbinden, bzw. in Krankenhäusern besondere Rettungseinrichtungen zu treffen, erwerbswert, als auch der Gedanke, den in den Rettungswachen tätigen Ärzten noch andere kommunalärztliche Beschäftigung zuzuteilen, beachtenswert. Es erscheint tatsächlich nicht ganz praktisch, daß die Gemeinde in den Rettungswachen eine große Zahl verhältnismäßig gut besoldeter Ärzte un-tätig herumstellen läßt, während sie anderen Ärzten für Leistungen, die von den Rettungswachen während ihrer Dienstzeit sehr gut mit übernommen werden könnten, hohe Beträge zahlt. Ganz besonders denken wir in dieser Beziehung an die bisherige Tätigkeit der Armenärzte, die wenigstens bezüglich der Sprechstundenbehandlung ausgezeichnet auf die Rettungswachen abgewälgt werden könnte. Die Redaktion.

Stadtverordnetenversammlung.

Annahme des Schiedspruchs über den Arbeiterlohnarif.

Die (alte) Berliner Stadtverordnetenversammlung mußte gestern in ihren Ferien zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um über den neuesten Lohnarif der Gemeinbedarbeiter zu beschließen. Der Magistrat beantragte, dem von der Großen Deputation als Einigungsamt gefällten Schiedspruch vom 22. Juli zuzustimmen. Im Laufe der Sitzung lieferte er zu seiner Vorlage einen Nachtrag, der den Wünschen der Elektrifizationsarbeiter entgegenkam. Mit dieser Aenderung wurde dann die Vorlage ohne ein Wort der Erörterung angenommen.

Die nur mäßig besuchte Sitzung wird kurz nach 5 Uhr vom Vorsitzenden Dr. Wehl eröffnet.

Die Vorlage betr. Uebernahme der für den Kriegsbetrieb eingerichteten Anlagen zur Herstellung von Schienenbetonsteinen in den Friedensbetrieb wird angenommen.

Die Vorlage wegen Bewilligung von 200 000 M. für die Ausführung von Vorarbeiten zur Feststellung des Grundwasserstandes im Osten von Berlin wird von John (U. Soz.) bekämpft und von der Mehrheit abgelehnt.

Bei den Gütereiseln und beim Etat der Herrschaft Panke sind 1919

Ueberfahrungen in Höhe von 10% Millionen Mark

eingebracht. Zur Prüfung der Gründe dieser von den Rednern aller Parteien als auffallend hoch bemängelten Ueberfahrungen wird ein Ausschuß eingesetzt.

Der Antrag der Sozialdemokraten wegen Fortführung des Baues der Schnellbahn Nord-Süd wird für heute zurückgezogen.

Die Bibliothek des verstorbenen Stadtv. Basner soll für 50 000 M. von der Stadt Berlin erworben werden. Nachdem Bürgermeister Dr. Reide unter besonderem Hinweis auf die Eigenartigkeit dieser sozialwissenschaftlich und parteipolitisch höchst wertvollen Bücher, Zeitschriften und Flugblätterammlung den Erwerb warm empfohlen hat, auch Bengels (U. Soz.) und Ritter (Soz.) lebhaft dafür eingetreten sind, wird der Antrag der Sozialdemokraten, die Vorlage wegen des einstimmig parteipolitischen Charakters der Bibliothek zu verwerfen, abgelehnt und die Erwerbung für die Stadtbibliothek beschlossen. Ein Antrag der U. Soz., die Entscheidung für die

Beifügung der Mietvereinigungsämter den Zeitverhältnissen entsprechend zu erhöhen, geht an einen Ausschuß. Zur Vorlage über

Annahme des Schiedspruchs über den Arbeiterlohnarif

wird eine Erörterung nicht mehr beliebt. Der Magistrat empfiehlt die Zustimmung zu dem Schiedspruch mit der Maßgabe, daß diejenigen Arbeiter der Elektrizitätswerke, welche bisher einen Lohnzuschlag von 8 Prozent bezogen, folgende Vergütungslage als Ausgleich für diesen Lohnzuschlag für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1920 erhalten: Für ungelernete Arbeiter 200 M., für angelernte Arbeiter 210 M., für Handwerker 220 M. Die Verammlung stimmt zu.

Dem Deutschen Schulbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen werden für seine „Grenspende“, und zwar für die Arbeit in den ober-schlesischen Gebieten weitere 50 000 M. aus städtischen Mitteln bewilligt.

Die vom Magistrat am 30. Juni d. J. vorgelegte Statistik über das religiöse Bekenntnis der Lehrpersonen an den städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen für Mädchen gibt dem Dr. Lammerich (Z.) erneute Gelegenheit, über die Zurücksetzung des katholischen Elements bei der Beschaffung freier Stellen Worte zu führen.

Dem schwer krank darniederliegenden Stadtv. Ehrenbürger Caffel wird von der Versammlung einstimmig die Teilnahme bekräftigt und der Wunsch baldiger Genesung und Wiederherstellung ausgesprochen.

Schluss: 1/8 Uhr.

Groß-Berlin

Er kommt.

Die Hitze brüht. Auf einer Berliner Hochbahnhaltestelle ist die Luft so heiß, daß man Pfannkuchen und Eierkuchen in ihr baden kann und all das andere Schöne, das man nur bekommt, wenn man Umgang mit Schiebergrößen hat. Die Luft ist so heiß, daß man tatsächlich versuchen möchte, in diesen Dunst einen Nagel einzuschlagen, um an ihm sämtliche lästige Kleidungsstücke, mithin so ziemlich alles aufzuhängen. Von den Wartenden läßt hie- benommen, ein jeder auf seine Weise.

Da ruft ein Arbeiter: „Er kommt!“ Damit meint er den Mann mit der Gießkanne. Der zieht ruhig seines Weges und spendet aus der Kanne dem Fußsteig das kühlende, die Reischen erfrischende, den Staub aufsaugende Reg.

Nun kommt die in solchen Fragen übliche Bewegung in die Menge.

Ein kleines Schreibmaschinenträulein, eine Tochter aus gut bürgerlichem Hause (was bei jeder Gelegenheit scharf betont wird), klopft ängstlich zur Seite. Ihre Stiefelsohlen können nämlich kein Wasser vertragen. Aber, ach, Götter, in einem himmlischen Film trug ein Künstler genau solche Schuhe und daher mußte die Tochter aus gut bürgerlichem Hause (wenn es auch lächerlich unpraktisch war) sich die gleichen anschaffen.

Er und sie, ein elegantes Pärchen, Fahrgäste der Volkstrasse, treten erregt von einem Fuß auf den andern und geraten ein klein wenig in Verdrislichkeit. Eine Verdrislichkeit mit der Arbeit ist ihnen immer widerlich.

Auf einer Bank aber sitzt ein echter Teufelchen. Er ist in ein Manuskript vertieft, denn er will für raffinierte Germanen einen belehrenden Vortrag halten. Seine Schlagwörter prägt er sich noch mal besonders ein. „Die Revolution hat die Tatkraft des einfaches arbeitenden Volkes gelüht. Aber es muß anders kommen. Das Volk wird, wenn es aus dem verdorbenen Bahn der Demokratie aufwacht, sich wieder zur Arbeit aufraffen; denn am deutschen Wesen soll noch mal die Welt genesen.“

Auf der Straße ziehen demonstrierend Arbeitslose vorbei. Sie tragen Schilder: „Wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit.“

Jedoch der echte Teufelchen achtet nicht darauf. Er schilt in seinem Vortrag auf die Arbeitslosenunterstützung, durch die das Volk noch mehr verlottert. Er beauftragt sich selbst an keinen schönen Worten und als er gerade dabei angelangt ist: „Wo Deutsche zusammen sind, da klingt die Seele der Welt“.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Da kommt Jnger dahergegangen. „Du mußt jetzt zum Essen kommen, Isak.“ sagt sie ganz lieb und freundlich. „Ja.“ gibt er zur Antwort, er will nicht, daß sie näher herankommt, und er will kein Gerede. Ach, diese Jnger, sie werkte gar nichts, sie kam näher. „Was hast du dir jetzt wieder ausgedacht?“ fragt sie, denn sie möchte ihm damit schmeicheln, daß er sich fast jeden Tag etwas Neues und Grohartiges ausdenkt. — Aber Isak ist sehr grimmig, fürchterlich grimmig ist er, er erwidert: „Das weiß ich nicht.“ — Und Jnger ihrerseits ist sehr töricht, sie fragt und plaudert ihm noch allerlei vor und geht nicht. — „Da du es nun doch einmal gesehen hast, ich will diesen Stein herausheben“, sagt er. — „So, du willst ihn herausheben?“ fragt sie. — „Ja.“ — „Ich kann dir wohl nicht helfen.“ — Isak schüttelt den Kopf. Aber es war doch ein hübscher Zug von Jnger, daß sie ihm helfen wollte, und er konnte sie nicht länger zurückweisen. „Wenn du ein klein wenig warten willst“, sagt er und läuft nach Hause, um den Schmiedehammer und einen Meißel zu holen.

Wenn er den Stein an der richtigen Stelle etwas uneben machte, indem er einen Splitter abschlug, so bekam die Sebestange einen besseren Halt. Jnger hält den Meißel, und Isak schlägt zu. Ja, es gelingt, ein Splitter fährt ab. — „Ich danke dir für die Hilfe“, sagt Isak. „Und du darfst vorerst mit dem Essen nicht auf mich warten, ich will erst diesen Stein herausheben.“

Allein Jnger geht nicht, und im Grunde genommen ist es Isak auch lieb, daß sie stehen bleibt und ihm bei seiner Arbeit zuschaut, das hat er schon in jungen Tagen gern gehabt. Und siehe da, er findet einen prächtigen Halt für die Sebestange und hebt — der Stein bewegt sich! — „Er bewegt sich!“ sagt Jnger. — „Du willst mich doch nicht toppen?“ fragt Isak. — „Ich toppen! Er bewegt sich!“

Soweit war er gekommen, wahrhaftig der Stein bewegte sich, er hatte den Stein für die Sache gewonnen, jetzt ist es nur ein Kinderspiel zwischen ihnen beiden. Isak hebt und wiegt die Stange hin und her, und der Stein bewegt sich ein wenig, aber nicht mehr. Isak macht eine Weile so weiter,

allein es führt zu nichts. Plötzlich sieht er ein, daß es sich nicht nur darum handelt, ob sein Körpergewicht zureicht, er hat nicht mehr die alte Kraft, das ist die Sache, er hat die jähe Piegsamkeit des Körpers eingebüßt. Körpergewicht? Es wäre ja gar nichts gewesen, sich über die schwere Stange zu legen und sie abzubrechen. Aber er hatte an Kraft verloren, so sah es aus. Das erfüllte den duldbamen Mann mit Bitterkeit; wenn nur wenigstens nicht Jnger dabei gestanden und zugehört hätte!

Plötzlich läßt er die Stange fahren und ergreift den Schmiedehammer. Der Jorn hatte ihn erfährt, er war in der Stimmung, Gewalt zu gebrauchen. Seht, er hat immer noch die Mühe auf dem Ohre sitzen und froht räuberhaftig aus, jetzt läuft er mit gewaltigen Schritten rund um den Stein herum, als ob er sich selbst dem Stein gegenüber in das richtige Licht setzen wollte, ho, es lob aus, als ob er jetzt diesen Stein als eine Ruine hinter sich zurücklassen wollte. Warum sollte er das nicht tun? Einen Stein, den man tödlich haßt, zu zerhacken, das ist nur Formsache. Und wenn der Stein Widerstand leistete, wenn er sich nicht zerhacken ließ? O es würde sich schon zeigen, wer von ihnen beiden der Ueberlebende war!

Aber jetzt redet Jnger ein wenig ängstlich, denn sie merkt wohl, was in dem Manne gärt, sie sagt: „Wie wär's, wenn wir uns beide auf den Steden da legten?“ und mit dem Steden meinte sie die Sebestange. — „Nein!“ rief Isak rasend. Aber nach einem Augenblick des Nachdenkens sagt er: „Ja, wenn du doch schon einmal da bist, aber ich begreife nicht, warum du nicht nach Hause gehst. Wir wollen's einmal versuchen!“

Und nun gelingt es ihnen, den Stein auf die Kante zu drehen. Es glückt. „Puh!“ sagt Isak.

Allein nun offenbart sich vor ihren Augen etwas Unerwartetes: die Unterseite des Steines ist eine Fläche, eine große schöne Fläche, eben, glatt wie der Fußboden. Der Stein ist also nur die Hälfte eines Steines, die andere Hälfte muß irgendwo in der Nähe liegen. Isak wußte wohl, daß die beiden Hälften eines Steines sehr gut eine verschiedene Lage in der Erde haben konnten, es war wohl der Frost gewesen, der sie im Laufe langer Zeiträume voneinander entfernt hatte. Aber dieser ganze Fund freut ihn außerordentlich. O, dieser Stein ist brauchbar, er gibt eine prächtige

Lärtschwelle. Selbst eine größere Geldsumme würde das Herz des Dedlandbauohners nicht mit solcher Befriedigung erfüllt haben. „Das ist eine feine Lärtschwelle“, sagt er stets, und Jnger bricht im guten Glauben in die Worte aus: „Ich begreife nur nicht, wie du das hast wissen können!“ — „Om!“ sagt Isak. „Meinst du, ich hätte für nichts hier in der Erde gegraben?“

Sie geben zusammen nach Hause, Isak hat sich eine unverbiente Bewunderung erschlichen; die schmeckt aber nicht viel anders als die verdiente. Er setzt auseinander, daß er die ganze Zeit über auf der Jagd nach einer ordentlichen Lärtschwelle gewesen sei, jetzt habe er eine gefunden. Von jetzt an war es auch nicht mehr verdaulich, wenn er auf dem Bauplatz arbeitete, er konnte dort unter dem Vorwand, nach der zweiten Hälfte der Lärtschwelle zu suchen, roden, soviel er wollte. Als Sivert nach Hause kam, ließ sich Isak aber doch von dem Sohne helfen.

Aber wenn es so weit gekommen war, daß er nicht mehr allein hingehen und einen Stein aus der Erde brechen konnte, dann hatte sich viel verändert, dann sah es gefährlich aus, dann eilte es mit dem Bauplatz. Das Alter hatte Isak eingeholt, er fing an, für die Ausdingstube reif zu werden. Der Triumph, den er sich angeeignet hatte, als er die Lärtschwelle fand, verglühte im Laufe der Tage, er war unecht und undauerhaft gewesen. Isak fing an etwas gebeugt zu gehen.

War er denn nicht einstmals in seinem Leben auimerksam und hellhörig geworden, sobald nur jemand „Stein“ oder „Graben“ zu ihm gefogt hatte? Das war noch gar nicht lange her, nur einige Jahre. Und damals mußte sich ja einer, der ein trodengeliegten Moor nur mit einem schiefen Stiel anjah, vor ihm in acht nehmen. Jetzt fing er so langsam und allmählich an, derartiges mit mehr Ruhe auszusprechen, ach ja, Herrgott im Himmel! Nichts war mehr so wie früher, das ganze Dedland hatte sich verändert, dieser breite Telegraphenweg durch den Wald war früher nicht da, die Berge droben am Wasser waren früher nicht gesprengt und durchwühlt gewesen. Und die Menschen? Sagten sie noch „Grüß Gott!“ wenn sie kamen und „Behüt dich Gott!“ wenn sie gingen? Sie nidten nur, und oft das nicht einmal.

Aber früher hatte es auch kein Sellanra gegeben, nur eine Torfgrube; aber was war es jetzt? Und dann war auch früher kein Markgraf dagewesen.

fällt ein bider Wassertropfen aus der Gießkanne auf sein Kamm-
stript. Da springt der echte Deutsche empört auf. „Rein, solche
Freiheit, die ist auch nur in einem Staate möglich, wo der
Arbeiter der Herr im Hause ist.“

Es ist aber doch wirklich sonderbar: „Die Arbeit ist die
Quelle aller Werte“, das Wort kennen die echten Deutschen aus-
wendig; daß man aber, damit dieses Wort innere Wahrheit be-
kommt, den Arbeiter, auch wenn er die einfachste Arbeit ver-
richtet, als gleichberechtigtes Mitglied in die ganze Ge-
sellschaftsordnung unbedingt einreihen muß, daran denken sie gar
nicht. E. B.

Die Verfehlungen des Jugendamt-Inspektors.

Verabsichtigte Milchschlebung?

Vor einiger Zeit wurde in der Presse von Verfehlungen des
Inspektors des Jugendamts berichtet. Sofort erschien dessen
Rechtsanwalt auf dem Plan und stellte Herrn Ober als das
Opfer einer Täuschung hin. Zu dieser Verächtlichmachung ver-
sendet der Betriebsrat des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin eine Schilder-
ung der Verfehlungen, der wir folgendes entnehmen:

Herrn O. wurden als Inspektor des Städtischen Jugend-
amts von Zeit zu Zeit hochwertige Lebensmittel überwiesen,
die zur Verbesserung der Verpflegung armer Berliner Groß-
kinder, die das Städtische Jugendamt versorgt hatte, verwen-
det werden sollten. U. a. wurden zuletzt 10 000 Wachsen-
landensierte Milch zum Preise von 2,20 M. pro Stück genanntem
Amt zugeführt. Von diesem Posten sind den Kindern durch Herrn
Ober nur 418 Stück zugeteilt worden, während er 5000
Stück seinem Stiefbruder zum Verkauf über-
gab. Dieser bot der Gemeinde Friedrichsfelde die Milch
zum Preise von 7,50 M., also mit einem Verdienst von
5,30 M. pro Büchse an. Bei der Verladung der Ware nach
der Wohnung des Stiefbruders des Herrn O. wurde dieselbe
durch die Kriminalpolizei wieder der Beschlagnahmeabteilung, die
einerzeit die Milch geliefert hatte, zugeführt.

Herr O. hat bereits in den Vorberandlungen eingestän-
den, daß ihn sein Bruder an dem Verdienst beteiligen
würde, die Höhe der ihm zuzulassenden Verdienstsomme war ihm
jedoch noch nicht bekannt.

Nach dieser Darstellung fällt es schwer, an „das Opfer einer
Täuschung“ zu glauben, man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß
dort etwas nicht stimmt. Schnellste Aufklärung erscheint
uns dringend geboten.

Schwedisches Geschenk an die Berliner Polizeibeamten.

Die Polizeibeamten und Wachorgane Schwedens, die im
Schwedischen Polizeiverband (Svenska Polisförbundet) organisiert
sind, haben 8800 Kronen gesammelt und dem Polizeipräsidenten
Richter zur Verfügung gestellt, der sie unter die notleidenden
Polizeibeamten Berlins verteilen soll. Polizeipräsident
Richter hat dem schwedischen Verband ein herzliches Dankschreiben
gelandet.

Die Bricketts werden — billiger!

Die vom Reichskohlenrat beschlossene Preisermäßigung für
Braunkohlensbricketts gibt der Kohlenstelle Groß-Berlin die er-
wartete Billigkeit, die Preise für Braunkohlensbricketts ab Mittwoch,
den 4. August d. J. um 1,20 M. je Ztr. zu ermäßigen.

Der Preis für Mähen- und Dreschbrand beträgt ab 4. August 20
denmark für die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Reinickn., Hin-
schöneberg, Wilmersdorf, Wilmersdorf sowie in den Land-
kreisen Teltow und Niederbarnim bei Selbstabholung ab Lager
18,90 M. je Ztr., bei Lieferung frei Erdgasloch oder Keller 14,90 M.
je Ztr.

Bei Lieferungen an das Kleingewerbe sowie für Zentral-
heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Häusern nicht unter
30 Ztr.: bei Selbstabholung ab Lager 18,90 M. je Ztr., bei Liefe-
rung frei Erdgasloch oder Keller 14,85 M. je Ztr.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin erwartet, daß diesem beschiedenen
Anfang, die für die größten Teil der Bevölkerung unerträglich ge-
legenen Kohlenpreise zu senken, baldigst weitere Preis-
herabsetzungen folgen werden. Dagegen erfordert die in dem
kommenden Winter erhöhte Knappheit an Brennstoffen die
dringende Notwendigkeit einer sparsamen Verwen-
dung und weitestgehender Aufbeziehung der Kohlen für den Be-
darf der Wintermonate.

Die Verbesserung des Ringbahnverkehrs.

Wie bereits kurz mitgeteilt, wird vom nächsten Montag eine
umfangreiche Fahrplanänderung in Kraft treten, um der Ueber-

Ja, und was war der Markgraf jetzt! Nichts als ein
trauriger und verdorrter alter Mann. Warum essen und
dem Regen eine Güte antun, wenn das keine Kraft mehr
gab? Jetzt war es Sivert, der Kräfte hatte, und gottlob, daß
er sie hatte! Wozu sollte es gut sein, daß sein Rad anfing
sich langsamer zu drehen? Er hatte geschafft wie ein rechter
Mann, sein Rücken hatte die Lasten eines Postiers getragen,
jetzt mußte sich dieser Rücken mit der Ruhe, die dem alten
Karrengaul zuteil wird, abfinden.

Nial ist mißvergnügt, Nial ist schwermütig.
Da liegt ein alter Südwester auf dem Hügel und ver-
modert. Der Sturm hat ihn hierher an den Waldesaum
geweht, oder vielleicht haben es auch die Kinder getan, als
sie noch klein waren. Da liegt er nun ein Jahr ums andere
und vermodert immer mehr, und er war doch einmal ein
neuer Südwester gewesen, ein schöner gelber Südwester.
Nial erinnert sich noch, wie er damit vom Kaufmann nach
Hause kam, und wie Inger sagte, das sei ein schöner Süd-
wester. Ein paar Jahre später ging er damit zum Maler
ins Dorf hinunter und ließ ihn glänzend schwarz lackieren
und den Schirm daran grün malen. Als er damit nach Hause
kam, sagte Inger, er sei jetzt schöner als je. Inger gefiel
immer alles ausgezeichnet, ach, das war eine schöne Zeit, er
schlug Klasterholz und Inger sah ihm zu, das war seine beste
Zeit im Leben gewesen. Und wenn der März und April kam,
dann wurden er und Inger verliebt, gerade wie die Vögel
und Tiere des Waldes, und wenn der Mai kam, dann säte
er Korn und legte Kartoffeln und arbeitete Tag und Nacht.
Es gab Schlaf und Arbeit, Liebe und Träumerei, er war
wie sein erster großer Stier, und der war ein Wundertier
gewesen, groß und glänzend wie ein König, wenn er in seiner
Bracht einherschritt. Aber einen solchen Mai bringen die
Jahre jetzt nicht mehr, das gibt es nicht mehr.

Einige Tage lang war Nial niedergeschlagen. Das waren
dunkle Tage. Er fühlte weder Lust noch Kraft in sich, mit
dem Ausschlagen des Futterbodens zu beginnen. Das wird
einmal Siverts Sache sein, jetzt galt es, das Ausdinghäu-
schen fertigzustellen. Auf die Dauer konnte er es nicht vor
Sivert verborgen halten, daß es ein Wauplaß war, den er
hier am Waldrand rodete, und eines Tages offenbarte er die
Sache: „Das da ist ein guter Stein, wenn wir einmal wieder
etwas mauern wollen“, sagte er. „Und das da ist auch ein
guter Stein.“ (Fortf. folgt.)

fällung, die auf den beiden Ringbahnstrecken zu jeder Ta-
gesstunde sich bemerkbar macht, Herr werden zu können. Wie
bereits erwähnt, bringt die Fahrplanänderung eine erhebliche
Vermehrung der Züge mit sich, die nur dadurch möglich
geworden ist, daß einerseits Züge von Westend nach dem Pots-
damer Ringbahnhof u. m. durchgeführt wurden und andererseits,
daß einige neue Wagenzüge eingelegt worden sind.

Folgende Ringbahnzüge, die bisher nur bis Westend
verkehren, werden bis Potsdamer Bahnhof geführt, von wo aus
sie dann auch wieder abfahren: Ab Westend 6.31, 7.01, 7.31, 8.01,
8.41, 9.11, 9.41, ebenso auch in den Nachmittagsstunden, die Züge
ab Westend: 2.32, 3.01, 3.31, 4.01 nachmittags und 8.41 abends.
Neben diesen verlängerten Zügen beginnen eine Reihe von Ring-
bahnzügen auch ihre Fahrt schon bei einer früheren Station, so
daß nunmehr auch in den Morgenstunden vier Züge über
die Ringbahn verkehren, und zwar ab Potsdamer Ringbahnhof
4.07, 4.57, 5.07 und 5.27 früh.

In den Hauptverkehrszeiten sowie in den Vormittagsstunden
sind eine Reihe neuer Züge eingelegt worden, die in Pots-
damer Ringbahnhof um 8.47, 8.57, 9.27, 9.57, 10.27 vormit-
tags, 1.02 und 1.32 nachmittags abfahren und über Hermannstraße,
Stralau-Nummelsburg nach Westend und Potsdamer Bahnhof ge-
leitet werden. Auch der Abend- und Spätherverkehr er-
weitert worden, so daß nunmehr Vollringzüge ab Potsdamer
Ringbahnhof bis um 10.37 viermal in der Stunde ver-
kehren. Der letzte Vollringzug in dieser Richtung tritt um 12.26
nachts auf dem Potsdamer Ringbahnhof ein.

Auch Spätzüge sind erheblich verlängert worden. Der zu-
ber bisher ab Potsdamer Bahnhof 12.37 über Stralau-Nummels-
burg nach dem Schlesiens Bahnhof geführt wurde, hat einen Vor-
zug erhalten, der um 1.06 nachts auf dem Schlesiens Bahnhof
eintrifft.

Endlich wird auch noch vor dem letzten Zuge auf der Ringbahn,
der nur noch zwischen Potsdamer Bahnhof und Hermannstraße ver-
kehrt, ein Zug eingelegt, der vom Potsdamer Bahnhof um 12.57
nachts abfährt, um 1.16 in Hermannstraße eintrifft. In der Ge-
gendrichtung hat eine entsprechende Zugvermehrung durch Verlä-
ngern der Nachstrecken stattgefunden. Auch hier hat der Spätherverkehr
sowie die Zeiten, die außerhalb des Berufsverkehrs
liegen, Fortschrittsverbesserungen erfahren, so daß von nun an
jede Woche ab eine durchgreifende Besserung der Ver-
kehrsverhältnisse zu erwarten ist.

Explosion in Königswusterhausen.

Gestern vormittag explodierte auf dem Schießplatz Königs-
wusterhausen der Munitionsschuppen 25, der ein großes Munitions-
lager enthielt. Unmittelbar nach der Explosion stand der Schuppen
in hellen Flammen. Glücklicherweise sind Menschen bei dem Un-
glück nicht zu Schaden gekommen.

Dank der intensiven Arbeit der Feuerwehren gelang es, den
Brand auf einen Munitionsschuppen und ein Wohnhaus, das ober-
dings durch die Sprengkörper stark beschädigt ist, zu beschränken.
Bis jetzt war es noch nicht möglich festzustellen, wodurch die Er-
plosion entstanden ist. Die Sprengkörper, Granatgürtel für
kleinere Geschosse, waren entsprechend den Vorschriften feuerfester
eingelagert und es läßt sich nur annehmen, daß durch Kurz-
schluss in der elektrischen Leitung ein Brand in der Baracke ent-
stand, der dann die Sprengkörper zur Entzündung brachte. Am
heutigen Mittwoh wird eine Kommission des Spandauer Feuer-
wehler-Laboratoriums das Lager besichtigen, um festzustellen, ob
ein Verschulden der Firma Schieber u. Bruchsalter, die den Schup-
pen gepachtet hatte, vorliegt und ob Vorkehrungen getroffen sind,
um weitere Explosionen zu verhindern.

Die Entente-Automobile entwickeln sich allmählich zum
Schrecken der Fußgänger. Es vergeht keine Woche, in der nicht
berichtet werden muß, daß ein Auto der Entente in Folge der
wahnsinnigen Raserei einen Menschen überfahren hat.
Alle Ermahnungen durch die Presse haben keinen Erfolg gehabt.
Man rast weiter! So wurde am Dienstag gegen Mittag am Rnie
ein Radfahrer von einem von der Charlottenburger Brücke kom-
menden Ententeauto überfahren, weil das Auto wegen seiner rasenden
Fahrt nicht eher bremsen konnte, bis es auf dem Bürgersteig stand.

Selbstmord oder Unglücksfall? Auf dem Untergrundbahnhof
Wittenbergplatz stürzte sich Dienstag mittig ein Mann
dem Augenblick auf die Schienen, als ein Zug in die Halle einfuhr.
Die Feuerwehr besetzte den Verunglückten aus seiner Lage. Ein
Arzt konnte nur noch den Tod des Mannes konstatieren. Es
handelt sich um den Rentier Erik Hoffmann, Schöneberg,
Winterfeldtstraße 45. Ob es sich um einen Selbstmord oder Un-
glücksfall handelte, konnte nicht festgestellt werden.

In seiner Wohnung tat aufgefunden wurde am Dienstag der
57jährige, aus Tier de Rivier gebürtige französische Sprachlehrer
Gustav Puy-Fournier. Er sah tot an seiner Schreibmaschine,
auf der er einen Brief an seinen Sohn zu schreiben begonnen hatte.
Nach der Auffassung der Polizei, die wegen eines „Nordes“
alarmiert wurde, ist der Tote, der sehr herzliegend war, einem
Herzschlag erlegen.

Die Räume der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Poststr. 5
müssen für Geschädigte bis auf weiteres geschlossen
werden. Sämtliche Anträge sind durch die Post einzufenden oder
in den in der Poststr. 5 befindlichen Magistratsbriefkasten zu wer-
fen. Es wird in weitestem Umfang dafür Sorge getragen werden,
daß durch den veränderten Geschäftsgang die sachliche Erledigung
der Anträge nicht leidet. Sämtlichen Unterstützungsgesuchen
sind zur schnelleren Erledigung beizufügen: a) im Falle einer Ver-
schickung: Bescheinigung des Arbeitgebers über Dauer der Ver-
schickung und Höhe der Bezüge; b) im Falle einer Beschäftigungs-
losigkeit: eine Bescheinigung der Erwerbslosenunterstützung, daß und in
welcher Höhe oder warum keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt
wird; c) bei schwebenden Rentenverfahren: eine Bescheinigung der
beteiligten Versorgungsstelle, daß Rentenrückstände zurzeit nicht mehr
gezahlt werden können.

Die nächsten zehn Städtischen Volkskonzerte des Philharmo-
nischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel finden am
Montag, den 16. und 30. August, in der Philharmonie,
Bernburger Straße 22-23, Dienstag, den 17., 24. und 31.
August, in der Frauercapelle, Postenstraße 32-33, Mittwoch,
den 18. und 25. August und am Freitag, den 20. und 27.
August, in der Philharmonie statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr.
Vorverkauf in der Zentralstelle für Volksmusik, Augsburger
Straße 81, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelshof 15,
im Bazargeschäft von Horsch und in den betreffenden Konzert-
stellen. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark. Kassenöffnung
finden 10 Uhr.

Mit Leuchtgas vergiftet. Die 51 Jahre alte Näherin Elisabeth
Jigenrix aus der Landsberger Straße 36 ist am Montag
morgen mit Leuchtgas vergiftet tot in der Küche ihrer Wohnung
aufgefunden worden. Erst gestern nachmittags erhielt die Kriminal-
polizei durch den 21 Jahre alten Sohn Johann, der bei ihr wohnte,
Nachricht von ihrem Ableben. Diese und andere Begleitumstände
liegen darauf schließen, daß die deitranke Mutter sich nicht selbst
vergiftet hat, sondern der Sohn den Tod herbeigeführt
hat. Die Mordkommission unter Leitung des Kriminalkommissars
Dr. Liemann und des Bezirksobermotivmeisters Gehmig
stellte jedoch durch Zeugenvernehmungen bald fest, daß der Verdacht
wahrscheinlich unbegründet ist. Die Leiche wurde
daraufhin dem Schauhaus überwiesen.

Die Mörder des Teppichhändlers Reiker und des Kaufmanns
Wolffner sollen nach der Meldung eines hiesigen Abendblattes
gestern ergriffen worden sein. Diese Nachricht trifft nicht zu. Die

Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung der beiden Ra-
pinalverbrechen seien noch weiter, doch haben sie bisher zu einem
pinalverbrechen gehen noch weiter, doch haben sie bisher zu einem

Lichtenberg. Keine Durchsichtserien im Wohnungsamt. Die
Durchsichtserien und Schiebungen in einem Teil der dem Ber-
liner Wohnungsamt unterstellten 10 Inspektionen haben die Er-
regung unter den Wohnungsuchenden gesteigert und andererseits
Genugtuung über die Aufdeckung hervorgerufen.

Schon längst war Eingeweihten bekannt, daß es in den ein-
zelnen Inspektionen nicht mit rechten Dingen zuging. Nur Herr
Dr. Laporte hatte anheimelnd keine Abnung.

Hätte der Berliner Bureaukratismus nicht immer auf dem
päpstlichen Unfehlbarkeitsstandpunkte gestanden, so
hätte man von den Verwaltungen der Wohnungsämter in Nachbar-
gemeinden, wenn auch „nur Vorortgemeinden“, sehr gut lernen
können, falls man überhaupt Lehren annehmen wollte. Die Hin-
und wieder vorgenommenen Reorganisationsversuche blieben ver-
einzelt. Warum übernahm man nicht einfach bewährte Systeme
anderer Gemeinden, etwa des Lichtenbergs, dem man auch noch
heute Vertrauen entgegenbringen kann?

Die Wohnungsnot ist groß. Alle Wohnungsuchenden möchten
die lange Wartezeit verkürzt wissen und die meisten
müssen bezweifeln werden. Dem die Schiebermacht ge-
läufig ist, verliert es dann von „hinterrum“. Im Lichtenberger
Wohnungsamt ist bei den ersten Versuchen dieser Art mit eisernen
Felsen ausgeräumt worden. Einzelne Besetzungs-
gelder wurden der Armenkasse überwiesen und in der
Ordnung unter Kammerführung und Zwangsangelegenheiten ihres
Ursprungs öffentlich quittiert. Diese Methode verfehlte nicht ihre Wir-
kung. Die Wohnungszuweisungen finden nicht durch Ange-
heißte des Wohnungsamts, sondern durch Kommissionen
statt, die aus Stadtverordneten und Bürgerdepu-
tierten bestehen. Die Angehörigen unseres Wohnungs-
amts haben somit keinen Einfluß bei der Zuweisung und
einseitige Bevorzugung durch Bestechung usw. ist ausgeschlossen.

Auf Grund der Berliner Vorannahme spielen Verdächti-
gungen in der Neuzeit natürlich ihre Rolle, aber wir sind über-
zeugt, daß sich das bald wieder legen wird, in Anbetracht der ge-
ordneten Wohnungszuweisung im Lichtenberger Wohnungsamt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, 4. August:

7. Abt. 7 1/2 Uhr bei Grünthal, Urbanstraße 167, Funktionärstung.
6 1/2 Uhr Vorstandstung.
Jungsozialistische Vereinigung. 6 Uhr Sitzung des Arbeitsaus-
schusses, 7 Uhr Gruppenleiter im Bornitzgebäude.

Morgen, 5. August:

Neufölln. S.-P.-D. Elternräte aller Schulen. Versammlung
7 1/2 Uhr im Reichs-Gesellschaftsclub, Reichstr. 41.

Jugendveranstaltungen.

Seite 1/2 8 Uhr:

Göpenitz: Jugendheim Bahnhofs, Rudower Straße. Velenberg:
„Das Kaltenkreuz“. — Erlener: Jugendheim Adlerstraße (Schulhaus).
Vorort: „Die Urgeschichte der Welt“. — Friedrichshagen: Jugendheim
Scharnweberstr. 105 a. Mitgliederversammlung. — Grunewald: Jugend-
heim Gemeindegasse, Dehnbühlstr. 20: Mitgliederversammlung. — Kaul-
sdorf: Jugendheim Köllnische, Gemeindegasse: Mitgliederversammlung.
— Lichtenberg: Jugendheim Parkhaus 10: Mitgliederversammlung.
— Mahldorf: Jugendheim Gemeindegasse, Waldesstraße: Mitglieder-
versammlung. — Mariendorf: Jugendheim, Gelangsaal des Theaters in
der Ringstraße: Mitgliederversammlung. — Oten, Petersburger Viertel:
Jugendheim Strahmannstr. 20: Mädchenabend. — Prenzlauer Vorstadt:
Jugendheim Wäldchenstraße, Senefelderstr. 67. Diskussionsabend: „Das
Tagelohn“. — Rosenfeld: Jugendheim Gemeindegasse, Kottbusener-
Allee: Mitgliederversammlung. — Rosenfelder Vorstadt: Jugendheim Gemein-
degasse, Bergstr. 56. Vortrag: „Sport und Arbeiterjugend“. — Schöten,
Reichenberger und Eberswalder Viertel: Jugendheim (Glogauer
Straße 12-16 (Schule)): Mitgliederversammlung. — Tempelhof: Jugend-
heim Loggum, Germaniastr. 67 (Kinderhort): Mitgliederversammlung.
— Westend: Jugendheim Baugewerkschule, Kurfürstenstr. 141: Mitglieder-
versammlung. — Wilmersdorf: Jugendheim (Gelangsaal) Oberrealschule,
Seepark: Mitgliederversammlung.

Berichtszeitung.

Schiedsfällungen bei der Deutschen Bank

Hatten Dienstag ein Radspiel vor der 4. Großenkammer des Land-
gerichts I. Wegen käuflicher Urkundenfälschung und Betruges
waren der Dekorateur Hermann Karalus und die Kaufange-
stellte Ella Schrader angeklagt. Die Angestellte Schrader lernte
vor einiger Zeit den Angeklagten Karalus kennen. Wie sie be-
hauptete, verschwieg er dem jungen Mädchen, daß er verheiratet
war und mit seiner Frau in Scheidung lebte und verlobte sich
mit der Schrader. In der Folgezeit kam Karalus häufig mit
Klagen, daß es ihm schlecht gehe, verschwieg aber, daß er stän-
diger Gast in einem inzwischen aufgehobenen Spielklub
in der Kanitzstraße war, wo er sein Einkommen verpielte. Nach
Behauptung der Schrader trat er eines Tages mit dem Ersuchen
an sie heran, sich durch gefälschte Schecks Geld zu verschaf-
fen. Er legte sich bei der Depositenkasse G. in der Kanitzstraße, bei
der die Schrader beschäftigt war, mit falschen Ausweispapieren ein
Konto an, um ein Scheckbuch zu erlangen. Beide fälschten gemein-
schaftlich drei Schecks über zusammen 30 000 M.,
welche die Schrader mit dem Kontrollvermerk verschickte, so daß sie
zur Auszahlung gelangten. Mit Ausnahme von etwa 4000 M.,
welche die Schrader erhielt, verpielte Karalus die ganze Summe
in dem Spielklub.

Zu der Verhandlung war auf Antrag des Rechtsanwalts
Behr der Gerichtsarzt Dr. Hirsch geladen, welcher Karalus
als einen geistig erheblich minderwertigen Men-
schen bezeichnete. Für die unbescholtene Schrader erbat Rechts-
anwalt Dr. Hren die bedingte Begnadigung, da sie offenbar durch
den Mitangeklagten auf die schiefste Ebene gebracht worden sei. Der
Staatsanwalt beantragte je 1 1/2 Jahre Gefängnis, das Gericht
erkannte auf je 9 Monate Gefängnis und erklärte bei der
Schrader die bedingte Begnadigung für zulässig.

Sport.

Der Große Preis von Europa. Das Klaffschiff aller Dauer-
rennen kommt am Sonntag 8 1/2 Uhr, auf der Olympiabahn zum
Ausgang und hat eine seinem Namen entsprechende Bezeichnung er-
halten. Es ist das erstmalig nach dem Kriege, daß interna-
tionale Klasse in Deutschland am Start erscheint. Als Starter
gelten: Weltmeister Viet Dickmann, Willi Appellans, Paul
Thomas, Walter Savall und der holländische Meisterfahrer Charles
Vielomolen (Amsterdam). Das Rennen führt über 1 Stunde.
Außerdem treffen die fünf Genannten vorher im Mobil-Preis
über 25 Kilometer zusammen. Auch die Negerrennen haben erst-
klassige Befehle erhalten. Im Sperber-Preis (Hauptfahren)
starten Lorenz, Krenn, Ostermeier u. a. Ein 10-Kilometer-Prä-
mienfahren (25 Runden), sowie ein Zweifacher-Hauptfahren ver-
sprechen ebenfalls scharfe Kämpfe.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Donnerstag mittig. Warm und ziemlich schwül. Überwiegend demüht,
im Westen und längt der Rüste Mers wiederholte, im östlichen Binnen-
lande vereinzelt Regenfälle.

Das Entwaffnungsgesetz.

Der Reichstag lehnte am Dienstag den sozialdemokratischen Antrag auf weitgehende Erhöhung des pfändungsfreien Lohnbetrags im Nahrungsmittelhandel mit 161 gegen 126 Stimmen ab. Die Regierungsvorlage wird darauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Ohne Begründung verabschiedet wird das Gesetz über die Enteignung von Grundbesitz und über die Beitragsleistung bei der Redar-Main- und Donau-Kanalisation.

Zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes.

Der Ausschuss hat die Bestimmung eingefügt, daß für die Abgabe von rechtmäßig erworbenen Waffen Entschädigung zu leisten ist. Die Reichswehr soll vom Entwaffnungskommissar zur Abgabe gezwungen werden, wenn die polizeilichen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenabgabe nicht ausreichen. Die Bestimmung des Reichswehrs bedarf der Zustimmung der Reichsregierung. — Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft und mit dem 1. März 1921 außer Kraft treten.

Abg. Lübbring (Soz.):

Regierung und Reichstag stehen bei diesem Gesetz unter dem Diktio der Entente. Es ist im Interesse des Landes, wenn das Gesetz bald erlassen wird. Wir wollen daran praktisch mitarbeiten, müssen aber die Gewähr haben, daß das Gesetz unter keinen Umständen zu einem Ausnahmestadium gegen die Arbeiterklasse wird. (Sehr richtig! links.) Ich bin der festen Überzeugung, daß es deswegen zu keinem Ausnahmestadium gegen die Arbeiter führen kann, weil die Arbeiterklasse wenig oder keine Waffen hat, wie ich von Ostpreußen aus eigener Erfahrung beweisen kann. Aber Tatsache ist, daß

die Gegenrevolutionäre bis an die Zähne bewaffnet

sind. Alle die Märsche von sich bildenden roten Armeen haben ihren Endzweck darin, die Aufmerksamkeit von sich auf andere zu lenken. (Sehr richtig!) Die verfassungstreuere Elemente lauern nur auf die Gelegenheit, von Ostpreußen aus den Anmarsch gegen die Republik zu beginnen. (Widerstand und Hurra rechts.) Wenn die Märsche in Ostpreußen so ruhig verlaufen sind, so deshalb, weil die Arbeiterklasse nicht im Besitz von Waffen war. (Widerstand.) Auch in andern Teil Deutschlands ist dies der Fall, und der Widerstand der Rechte gegen das Entwaffnungsgesetz ist darum durchaus verständlich. (Sehr richtig!) Wenn das Gesetz seinen Zweck erreichen soll, dann muß unbedingt auch die Einwohnerwehr entworfen werden, gleichmäßig, unter welcher Waffe sie auftritt. Nur unter dieser Voraussetzung können wir dem Gesetz zustimmen. (Sehr richtig!) Nur wenn die Entwaffnung durchgeführt wird, wird die Arbeiterklasse mit diesem Gesetz einverstanden sein. In unserem Antrag haben wir ausdrücklich betont, daß nur Reichswehr und Berufspolizei im Besitz von Waffen sein dürfen. Die Fassung der Koalitionsparteien überläßt es dem Entwaffnungskommissar, auch die Einwohner im Besitz von Waffen zu belassen. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Die Regierung muß auch endlich energisch aufstehen gegen die eigenmächtigen Handlungen der Reichswehrrückstände, damit es nicht vorkommt, daß z. B. die Reichswehrrückstände die Arbeitervereine mit Gewehren allen Modells versetzt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Das Abkommen von Spa verpflichtet die Regierung lediglich zu einer Bekanntmachung, die die Waffenabgabe verlangt, nicht aber zu einem solchen Gesetz. Die angeblichen Waffenlager der Arbeiter haben sich entweder als tolle Lügen herausgestellt oder der Staat hat wie in Adlershof seine eigenen Waffenlager beschlagnahmt. (Weiter links.) Wer soll denn

der neue Diktator

sein? Entweder Lütkow oder der Oberpräsident von Hannover? Der Kaiser war wenigstens noch an die Gesetze gebunden, dieser Diktator aber kann gegen die Arbeiter vorgehen, wie er will. Deshalb ist uns die Stellungnahme der Rechtssozialisten unverständlich. Jedes Telephongespräch kann der Reichskommissar belauschen lassen. (Hört! Hört! links.) Die Reichswehr wird wieder keine Grenzen kennen, wenn sie erst einmal losgelassen ist. Die Arbeiterklasse ist schon mit schlimmerem fertig geworden, sie wird auch die Fesseln dieses Gesetzes abbrechen. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch:

Für den Zeitpunkt der Einbringung des Gesetzes ist lediglich das Verlangen der Entente maßgebend gewesen; daran kann weder ich noch der Vordrucker etwas ändern. Waffen sind auf beiden Seiten vorhanden. Zitiert man sie ja auch nicht ohne Waffen erobert worden. Die Reichsregierung hatte bisher keine Befugnisse zum Eingreifen gegen die Waffenbesitzer, sondern nur die Ränder. Die Reichsregierung ist aber der Entente dafür verantwortlich. Wir wollen die Entwaffnung nicht mit dem Ausnahmezustand durchführen und haben deshalb nur die Maßnahmen vorgeschlagen, die unbedingt notwendig sind. Wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird, ist das Gesetz gerade im Gegensatz zu den Wünschen der Sozialdemokraten verabschiedet. Es ist

nicht beabsichtigt, Zeitfreiwillige zur Durchführung des Gesetzes heranzuziehen. (Widerstand bei den U. Soz.) Wir entsprechen ganz dem sozialdemokratischen Wunsch, alle Bevölkerungsteile dabei miteinwirken zu lassen, aber diese Organisation wird dann bewaffnet sein müssen. Bei einer guten Propaganda wird sich ein Eingreifen der Reichswehr vermeiden lassen.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Zit.): Wer den Weltkrieg erstrebt, muß zunächst für den Landfrieden sorgen. (Beifall.) Wir werden das Gesetz unverändert annehmen.

Abg. v. Galtwitz (Dnat. Sp.): Gewiß sind Waffen auf beiden Seiten vorhanden, wir glauben, daß links mehr zu finden sind. (Widerstand links.) Rosenfeld gibt ja direkt zu, daß seine Leute Waffen haben, wie sollten sie sonst die Fesseln abbrechen können? (Beifall rechts, Widerstand links.) Wir glauben nicht, daß die

Roten Armeen vom März

aus den Händen der sogenannten Arbeiterklasse völlig verschwunden sind. (Lachen links.) Das Gesetz kommt einem dringenden Bedürfnis entgegen.

Abg. Dr. Curtius (Dnat. Sp.): Unverantwortlich ist es, daß die Unabhängigen immer wieder die Brandstiftung in das Volk werfen. (Große Unruhe bei den U. Soz.) Den parlamentarischen Beirat für den Entwaffnungskommissar lehnen wir unter allen Umständen ab.

Abg. Hüffer-Röhl (Dem.): Das Gesetz ist kein Ausnahmestadium gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie soll sich deshalb ihr Ultimatum an die Regierung noch einmal überlegen.

Abg. Frau Jettin (A. P. D.): Das Abkommen von Spa rechtfertigt den bösartigen Charakter dieses Gesetzes nicht. Das Gesetz würde heißen: Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats. Der Rechtssozialist Lübbring ist eine politische Unschuld vom Lande, wenn er glaubt, daß die Regierung das Gesetz gleichmäßig gegen rechts und links anzuwenden wird. Die Reaktion täuscht sich, wenn sie meint, die Arbeiterklasse durch Wegnahme von ein paar Gewehren unbeschädigt zu machen. Die Arbeiterklasse hat noch ganz andere Mittel, sie hat die Bedeutung im Wirtschaftskreis, sie hat den Generalstreik. (Sehr richtig!) Die Gesellschaft des Kapitalismus greift aus innerer Schwäche zu diesen letzten Mitteln, um sich am Ruin zu halten. Es wird ihr nicht helfen, die Idee des Kommunismus wird siegen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Lipinski (U. Soz.): lieber

Zitiert

scheint der Minister recht ungenau informiert zu sein. Die Vorgänge dort sind durch die fasslose Lebensmittelknappung zu erklären, die bedeutend höher ist, als selbst in Berlin. In dem Märschen von der roten Armee in Leipzig ist kein Wort wahr. (Hört! Hört!) Auch ist amtlich festgestellt, daß in keinem einzigen Fall die Arbeiter von den Waffen Gebrauch gemacht haben. Trotzdem wird dies öffentlich immer noch behauptet. Wer hat ein Interesse an solchen Schwindelgeschichten?! Dagegen bestehen eine Menge Geheimorganisationen der Reaktionäre, so z. B. ein Offiziersbund, der in Leipzig und Düsseldorf im Parteibureau der Deutschnationalen Partei Besprechungen und Sitzungen abhält. Hier muß die Regierung beim Entwaffnungsgesetz durchgreifen, hier findet sie ein dankbares Feld! (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch:

Die Darstellung des Abg. Lipinski über die Vorgänge in Zittau widersprechen meinen Ausführungen nicht. Die Waffe ist bewaffnet gewesen, das steht fest. Das tiefbegründete Mißtrauen zwischen rechts und links ist vollkommen unbegründet. Die Herren hängen sich nicht selbst, sondern

immer dem Gegner ein Löwenfell um

und fürchten sich dann davor. (Weiter links.) Die Regierung wird in der Entwaffnungsfrage vollkommen gerecht vorgehen.

Abg. Sauerbeck (U. Soz.): Es können sich höchstens im Ruhrgebiet noch aus den Kapp-Tagen her

einige Waffen in der Bevölkerung

befinden. Die Rechtssozialisten erkennen endlich, daß die Einwohnerwehren vollkommen reaktionär sind. Die Durchführung der Entwaffnung muß

im Verein mit den Arbeiterorganisationen

erfolgen, um gerecht zu werden. (Beifall.)

Abg. Kemmele (U. Soz.): Der Wortburger Reichswehrs herrscht in gleicher Stärke an allen Hochschulen. (Widerstand rechts, Unruhe.) Der Regierung kommt es nur darauf an, die Arbeiter niederzuhalten. Die Regierung will

die Abrüstung nur vortäuschen.

(Große Unruhe.) Die Postzensur durch den Reichskommissar bedeutet zugleich eine Presszensur. Die Entschädigung steht für die Nichtablieferung von Waffen nur zwei Jahre Gefängnis, die deutsche Regierung aber 10 Jahre Zuchthaus aus. (Hört! Hört! links.) Die Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen und anderen Helferorganisationen sollen bestehen bleiben. Das hat sich aus den Kommissionsverhandlungen ergeben. (Widerstand bei der Reichswehr.) Das internationale Proletariat wird in der Stunde der Gefahr treu an unserer Seite stehen, zum Kampf gegen den weißen Terror. Wir rufen das französische Proletariat auf (die letzten Worte des Redners gehen in lauten ironischen Hochrufen der Rechte unter).

Dann schließt die allgemeine Aussprache.

Der sozialdemokratische Antrag, daß nur Militär und Polizei Waffen besitzen dürfen, wird gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt, die §§ 1 bis 5 mit derselben Mehrheit angenommen. Eingefügt wird die Bestimmung, daß der Reichskommissar festsetzt, welche militärischen und politischen Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind. Verschiedene Anträge fordern einen

parlamentarischen Beirat

beim Reichskommissar.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Wenn der Zweck erreicht werden soll, ist die unparteiische Handhabung notwendig. Den Reichskommissar können wir nicht; wir können darum nur dann dem Gesetz zustimmen, wenn dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird, der besonders die Ausführungsbestimmungen mit prüft und mitteilt. Unser dahingehender Antrag bietet

eine Garantie für unparteiische Handhabung

des Gesetzes. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Kopsch (Dem.): Der Reichskommissar soll möglichst unbehindert sein. Angesichts des Mißtrauens gegen dieses Gesetz sollte aber eine Einigung über die Form und die Befugnisse des Beirats möglich sein. (Beifall bei den Dem.)

Ein Antrag Curtius (Dt. Sp.) und Kopsch (Dem.) wird angenommen, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat von 15 Personen beigegeben wird. Das Einverständnis des Beirats ist zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen. In dringlichen Fällen selbständig erlassene grundlegenden Ausführungsbestimmungen hat der Reichskommissar dem Beirat alsbald vorzulegen.

Im § 7 wird

die Beschränkung des Post- und Telegraphengeheimnisses

einstimmig getrichen.

Abg. Radbruch (Soz.): Wir wünschen nicht, daß Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen bei der Entwaffnungsaktion herangezogen werden, denn wir haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Bei der dritten Lesung müßte noch eine Bestimmung eingefügt werden, wonach die Eidesverweigerung bestraft wird.

Reichsminister des Innern Koch: Eine Organisation aus allen Kreisen der Bevölkerung, wie sie der Vordrucker forderte, müßte bewaffnet sein, wenn sie Bewaffneten gegenüberstehen soll. Die Einwohnerwehren wollen wir bei der Entwaffnung nicht benutzen.

Abg. Untersteinert (U. Soz.): Wir fürchten, daß das Gesetz dennoch zu einer neuen Bewaffnung der Einwohnerwehren führt; deshalb werden wir die Arbeiter zum Protest gegen dieses Gesetz aufrufen. (Anhaltende Hurra rechts.)

Abg. Kopsch (Dem.): So ausgeartet wie hier haben sich die Unabhängigen in der Kommission nicht geberdet. (Hört! Hört!)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Im Ausschuss haben wir dieselben Ausführungen gemacht wie hier.

Abg. Schöpflin (Soz.): Die heutigen Ausführungen der Unabhängigen im Plenum haben im kritischen Gegensatz zu ihrem Verhalten im Ausschuss.

Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner dazu sagt

Abg. Kemmele (U. Soz.): Schöpflin hat im Ausschuss zeitweilig

geschlafen. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Schöpflin (Soz.): Es war kein Wunder, daß ich im Ausschuss bei den sanftmütigen Reden der Unabhängigen eingeschlafen bin. (Erneute schallende Heiterkeit.)

Nach weiteren Ausführungen Dr. Rosenfelds und Hofmanns-Ludwigshafen (Zit.), der die Angaben Schöpflins auf Grund seines Stenogramms unterstützt, wird ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen.

Bestehten wird, daß die Organisationen des Reichskommissars

sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen sollen. Bei der Gesamtstimmung über den § 9, der dem Entwaffnungskommissar gestattet, besondere Organisationen bei der Entwaffnung zuzuziehen, wird dieser dann gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen und die Deutschnationalen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Reichshaushalts.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.) wendet sich gegen eine Entschädigung,

die eine eventuelle

Internierung eingewanderter Ostjuden

verlangt. Durch die Maßnahmen gegen die Ostjuden sind gerade Großhändler nicht betroffen worden. Man sollte nicht vergessen, daß Deutschland einen Teil der Schuld an der Ostjuden-

plakatische trägt, weil seine militärischen Maßnahmen die polnische Industrie gerührt haben und dadurch viele Ostjuden zur Auswanderung gezwungen.

Minister des Innern Koch:

In der Ostjudenfrage muß die Regierung sich auf den Boden der Resolution stellen. Dabei betrachtet sie die Frage nicht vom Parteipunkt. Wir müssen daran denken, daß wir für unser Volk starken Mangel an Nahrung und Wohnungen haben und daß eine ungeheure Gefahr der Seuchenverbreitung durch die Ostjuden besteht. Wir können nur Leute über die Dinarzge lassen, die eine Erläuterung nachweisen können und die mit einem gültigen Paß versehen sind. Das von dem Abg. Kopsch (Dt. Sp.) geforderte Reichsschulamt wäre ein Rückschritt. Die Reichsschulkonferenz hat mühselige Arbeit geleistet. Wie werden

ein Reichskulturparlament

aufbauen, wenn wir erst wieder einmal ruhige Zeiten in Deutschland haben.

Abg. Mumm (D. Nat.): Abg. Rosenfeld hat sich die Judenresolution gestern schon angenommen worden, ohne daß einer der 80 Herren Unabhängigen dazu das Wort genommen hätte. Vizepräsident Dr. Bell: Die Unabhängigen haben wahrscheinlich bei der Unruhe im Hause gestern überhört, daß der Haushalt des Reichsministeriums des Innern ausgerufen und angenommen wurde.

Abg. Breitscheid (U. Soz.): Die Resolution richtet sich ganz einseitig gegen jüdische Einwanderer, gegen baltische Einwanderer richtet sie sich nicht. (Abg. Bruns [Dnat. Sp.]: Sehr richtig!) Und doch haben gerade die baltischen Botsen an hervorragender Stelle gegen Deutschland gekämpft. Ich erinnere nur an den General Kennenka m p f. (Andauernder Lärm und Zuruf rechts.)

Nach weiterer unverständlicher Aussprache wird die Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern geschlossen.

Eine Anfrage über steuerliche Erleichterungen für die heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Rußland wird dahin beantwortet, daß Erleichterungen darüber schweben.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen über Arbeitslosigkeit, Rothhaushalt. Die dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes wird auf Einbruch der Unabhängigen von der Tagesordnung abgesetzt. Schluß 5 1/2 Uhr.

25 Jahre Naturfreunde.

In Salzburg hat der Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“ nach jahrelanger Unterbrechung wieder seine Hauptversammlung abgehalten, die erste seit seinem Entstehen vor einem Vierteljahrhundert.

Im Jahre 1896 haben einige Wiener Parteigenossen, Moiss Kohrauer, Oberlehrer Samiedl, Anton Kreuer, der damalige Student Karl Renner und Happich zur Gründung eines Arbeiter-Touristenvereins ein, damit der Arbeiter seine Wanderungen in die Berge mit gleichgesinnten und denkenden Gefährten unternehmen könne. Der Aufruf hatte großen Erfolg. Im Anfang wurde diese Arbeiter-Touristenvereinigung von den bürgerlichen alpinen Vereinigungen viel belächelt und bespöttelt. Das konnte die Naturfreunde nicht hindern, ruhig und zielbewußt ihrer Aufgabe nachzugehen, in den breiten Schichten der Arbeiterschaft Liebe und Verständnis für die Natur und ihre Schönheit zu wecken und sie dem Wirtshaus zu entziehen. 1914 zählte der Verein 30 372 Mitglieder. Da kam der Krieg, und der Wirtshausstand sank im Jahre 1916 auf 18 846. Nach dem Umsturz 1918 waren es 25 517, und nun geht es sprunghaft in die Höhe. 1919 zählte man bereits 47 554 und Ende Juni 1920 73 000 Mitglieder. Der Rahmen, den sich der Verein gestellt hatte, wurde bald zu eng und die 550 Ortsgruppen, die der Verein zählt, verteilten sich auf Deutschösterreich, Deutschland, die Tschecho-Slowakei (wo man die Reichsberger Ortsgruppe unterdrückt hat), Jugoslawien, Ungarn, Schweden, Norwegen, Dänemark, Frankreich (Elsas), Italien und bis nach Amerika. Diese wahrhaft proletarische Arbeiterinternationale hat sich auch in dem Kriege bewährt. In den Zeiten, als wir vom Ausland hermetisch abgeschlossen waren, ist es durch die Hilfe der Ortsgruppe Artisanaria gelungen, den in den Kriegsgefangenenlagern in England und Frankreich festgehaltenen Österreicher, die Mitglieder der Naturfreunde waren, die Zeitschrift „Naturfreund“ regelmäßig zuzusenden. Und kaum war der Krieg vorüber, kamen aus Amerika die ersten bestirnten Anfragen: „Wie geht es Euch? Wie habt Ihr den Krieg überstanden?“ Es wurden auch in den amerikanischen Ortsgruppen Sammlungen eingeleitet und für die notleidenden Wiener Mitglieder große Beträge gesammelt. Auch die deutschen Ortsgruppen leisteten unter dem Motto „Vergesst“ Sammlungen ein, und viele Feindtaufschüsse kamen den Wienern zu.

Die Naturfreunde haben auch auf dem Gebiet der Vegerifikation und des Parkierungswesens ganz Erfreuliches geleistet, eine heimliche Reihe von Schutzhäusern und Hütten in den Alpen des deutschen Sprachgebietes tragen Holz das Wappen der Naturfreunde. Der Wiener Ortsgruppe wurde im vorigen Jahre der ehemalige kaiserliche Tiergarten bei Wien als Treuhänder übergeben, und es ist das Bestreben dieser Ortsgruppe, diesen Tiergarten der Wiener Bevölkerung als Naturschutzpark zu erhalten.

Aus aller Welt.

Die Ermordung des italienischen Sergeanten in Lnd. Als Schuldiger an dem Tod des italienischen Sergeanten Orasi hat sich nunmehr der Eisenbahner Jeswits bekannt. Nach den bisherigen Ermittlungen stellt sich die Tat nicht als verbrechender Mord, sondern als Rache dar. Orasi hatte dem Jeswits abends bei einem Dienstgang aufgelauert, weil Jeswits den Vater eines Mädchens gegen ihn aufgehetzt hatte. Der Angreifer ist Orasi gewesen.

Englische Wiedergutmachung. Seinerzeit hatte ein englisches Gericht die Beschlagnahme des auf der Bank von England untergebrachten Vermögens des ehemaligen Fürsten Ferdinand von Bulgarien (400 000 Pfund Sterling) angedeutet. Auf die von Ferdinand eingeleitete Berufung hat jetzt der Kassationshof entschieden, daß dieses Vermögen nicht bulgarisches Kronvermögen, sondern reines Privatvermögen gewesen sei, das er von seiner Mutter her vom französischen König Louis-Philippe geerbt habe. Die Beschlagnahme sei demgemäß zu kassieren. — Da so ein internationaler König hat halt gut!

Die erste bolschewistische Olympiade hat laut Moskauer Journal am 1. August in Orel begonnen. Es beteiligten sich noch Moskauer Besetzung über 200 Sportverbände, Klubs, Pfadfinder und Turnabteilungen.

Briefkasten der Redaktion.

20. 8. 18. Ja. am 1. August 1920. — Genosse 12. Sie sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, damit oder nicht gefragt ist, das Sie die Steuer zu zahlen haben. — A. 1. 1. Wenn Sie sich an das Jugendsekretariat Groß-Berlin, An den Heilen 21. 2. Darüber wird die Handwerkerkammer in Berlin, Tellmann, Ecke Belle-Alliance-Str., Auskunft geben. — A. 62. Rein; nur für das Reichsnotenpapier. — A. 2. 13. 1. Versicherungskasse, Berlin, Kottbusstr. 65. Die Höhe des Kranfengeldes ergibt sich aus den Angaben. 2. Ja; 10 Proz. vom Lohn; der Abzug hat jedoch zu unterbleiben für 30 W., die sich für jede zum Haushalt gehörende Person um je weitere 10 W. erhöhen. 3. Nur die Entlohnung erfolgt nach dem Beamtenentlohnungsgesetz. 4. Rein. — A. 2. 28. 1. Rein. 2. An zwei Jahren, wenn der Schiedsrichter darüber nicht urteilt. 3. Jänner 1921. — A. 118. Solange Bezahlung nicht erfolgt, können Sie in Deutschland die Ehe nicht eingeben. — Betriebsrat 29. 99. Sofort, laufende Beiträge oder werden von ihr nicht befreit. — A. Rein.

Die gute Massary-Zigarette

Urteilsfähige Raucher wissen, weshalb sich die Massary-Zigaretten so großer Beliebtheit erfreuen. Versuchen auch Sie unsere Spezialmarken Klasse 30 Pfg., Caid 40 Pfg.

Urteilen Sie selbst!

Theater, Lichtspiele etc.

Staatl. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Allabendl. **Die Strahwitze.**
7 1/2 Uhr: Musik von Leo Blech.

Deutsches Theater.
Ermäß. Preise.
8 Uhr: **Weibstempel.**
Kammerspiele.

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bht. Zoo).
Ermäß. Preise.
8 Uhr: **Büchse der Pandora.**

Theater des Westens
Hans Waßmann:
8 Uhr: **Der ehem. Leutnant**

Schiller-Theater.
Gisela Werbezirk:
8 U.: **Rabenvater**

Königgrätzer Straße
1/2 Uhr: **Gastlands.**
Komödienhaus

Berliner Theater
1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die verschwund. Pauline.**
Die Tribüne

Bunbury.
Friedr.-Wilhelmst. Th.
8 Uhr: **Marzipan.**
Kleines Theater

Die Fran im Dunkeln.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Der ungetreue Eckehart**

Metropol-Theater.
U.: **Im weißen Rössl**
Neues Central-Theater

Die Dame im Frack.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Prinzessin Friedl.**

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: **Die 3 Zwillinge**
Thalia-Theater

Boheit die Tänzerin.
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: **Eine Nacht im Paradies**

Waltha-Theater.
U.: **Die Internationale.**

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Die Raschhoffs

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Heute 8 Uhr
ZUM 1. Male
Hans Arnstadt

Untreu
Komödie von Roberto Bracco
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.
Casino-Theater
Lothring. Straße 37.
Wiedereröffnung
Freitag, 13. August, 7 1/2 Uhr,
mit dem neuen Volkststück:
Knorp's sel. Witwe.
Vorverk. ab Montag, 9. Aug.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: **Der Kuhreigen**

Lessing-Theater.
Sommerpielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **D. Glas d. Jungfrau**
Sommerpreise 1,50 bis 25 M.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Clubleute
mit Max Adalbert.

Circus Busch
Gebäude.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gr. Spezialität - Vorst.
7 Pertan?

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 14314.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
Vollständig
neues Programm.
Bühnen-Konzert.
Beginn 7 Uhr.
Vorverk. 11-12 u. 4-6 U.

Apollo
7 1/2 Uhr: **Theater**
Direkt. James Klein.
Nach Jahren
wieder in Berlin!

Paul Beckers

mit seiner Varieté-
Gesellschaft in:
**Fliegentüten-
Heinrichs Glück**
4 Millions
Meister-Akrobaten
Carl Reinsch
d. preisgekrönte beste
deutsche Schuereiter
und weitere
8 August - Sensat.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Kleim) Hasenheide 15.
Tel. 8 Uhr - Sensation
Novembersturm
3 Akte von Hallupp.
Verf. v. „Internationale“.
Ab 3 1/2 Uhr: Konzert u. Spezialität.

Neue Welt!
Arnold Scholz Hasenheide
Mittwoch, 4. August:
V. Gr. Erntefest
Kinderbeistimmung: Sack-
hüpfen, Topfschlag, Wett-
laufen, Fackelzug, Marion-
netten-Theater. Großer
Erntefestzug, außerdem
Konz. Vorsteilg. u. Ball.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
4 Uhr Anfang 4 Uhr.

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Linienstr.
7 1/2 Uhr:
Filmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Reichshall.-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Dönhoff-Brett | Unt. 6 1/2 U.
Garten u. Saal | Sonnt. 5 U.



**Hervorragendes
Eröffnungs-Programm**

Hamburg-Amerika-Linie Seebäderdienst
Hamburg 4.
Personen- u. Frachtdampferverbindung
von und nach den
Nordseebädern u. Esbjerg

Abfahrt von Hamburg (St. Pauli Landungsbrücke) / im
Täglich nach
Cuxhaven, Helgoland, Sylt
im Anschluß nach Amrum, Wyk/Föhr u. Südstrand/Föhr.
Nach Esbjerg (Dänemark)
am 7., 11., 14., 18., 21., 25. und 28. August, 1., 4. und 8. Sept.

Nach Nordsee
jed. Freitag u. Sonnabend mit unseren Dampfern, jed. Dienstag
u. Donnerstag mit den Dampfern d. Nord. Lloyd, in direktem
Anschluß an die von Hamburg u. Sylt kommenden Dampfer
(am 17., 21. u. 24. kein dir. Anschluß in Helgoland)

Jeden Sonntag 7⁰⁰ vm. Tagesfahrten
nach Cuxhaven und Helgoland
Werktags Tagesfahrten nach Cuxhaven
(laut Fahrplan).

Fahrpläne u. Fahrkarten: Reisebüro d. Hamburg-Amerika-
Linie, U. d. Linden 5, Deutsches
Verkehrsbüro, Potsd. Bht., Wertheim, Tietz, Kaufh. d. Westens,
den Mitteleuropäischen Reisebüros, d. sonst. Vertretern der
Hamburg-Amerika-Linie u. d. sonst. Verkehrs- u. Reisebüros.

Union-Klub, Berlin.
Annahme für Vorwetten
für Rennen in Berlin und im Reiche
Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge.
Kurfürstendamm 24 Neukölln, Bergstr. 43
Bayerischer Platz 9 Potsdamer Straße 23a
Oranienburger Str. 48/49 Kurfürstendamm 65
Schöneberg, Hauptstr. 9
und Theaterkassen der Firma A. Wertheim:
Leipziger Straße 126 Tauentzienstraße 12a
Rosenthaler Straße 29/31 Nollendorfpark 7
Moritzplatz Rathenower Straße 2
Königsstraße 31/32 Planauer 24

Annahmeschlutz:
Für Berliner Rennen 3 Stunden vor Beginn des
ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postaufträge werden
nur Schadowstraße 8
angenommen.
Ausführliche Wettbedingungen in allen Wettannahme-
stellen erhältlich.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2 % in Zahlung genommen.
Größte Eile geboten!!!
Schluß des Saison-Ausverkaufs kurz bevorstehend!

Wir verkaufen jetzt: Gummimäntel 1/2, Damen u. Herren, 550, 400, 325
Impr. Seldemäntel 350, 275 Impr. Mäntel 185, 142, 112
Sportjacken, Kunstseide 425, 315 Trikotsportjacken 245, 165, 68
Wundervolle Kostüme 900, 475 Fesche Kostüme 350, 275, 165
Praktische Ulster 1a Qualität 350, 245 Astrachanmäntel lang, 575, 450, 385
Covercoatmäntel, lang, Impr. 310, 248 Plüschmäntel Seel 2500, Velour 1800, 1200
Weiße Flauchmäntel für die See 210, Lodenmäntel 270, Lodenkostüme 420,
Stoffröcke 100, 75, 50

Jetzt noch:
Pelzmäntel 8600, 7500, 6200, 4500, 3650

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Bekannt höchste Preise zahlt für
Gold- Barren, Orden, Familienschmuck, Bruch- und Zahngold
Silber- Bruch, Bestecke, Löffel, Sport- und Jubiläumspreise zum Einschmelzen
Platin- Abfälle, Brenn- stoffe, Kontakte, Zahnstifte zum Tageskurs.
Quecksilber sowie alle anderen edlen und unedlen Metalle.
Metallkontor
Gegr. W. John Gegr. 1903 1903
Berlin SW, 68, Alte Jakobstraße 138.
Tel.: Mpt. 128 58.
Züchtige Zigarettenreißende gegen jede Drohung lacht M. Guttman, Berlin O. 27, Alexanderstr. 22. 9-5 Uhr.

Keine Filialen Wertsendungen: Erledigung postwendend Geöffnet 9-4 Uhr

Admirals-Palast
7 1/2 U. - Führt in St. Moritz.
Varieté-Café

Morikplab
Oranienstraße 53-54
Gastspiel
Walter Pintus
2 Elrados
Holly & Fox
und das große
Varieté-Programm.

Wanzen

Läuse

Motten

sind schnell auszurotten.

Ebenso bestigen Sie schnell und schmerzlos

Krätze u. Hautjucken

wenn Sie unsere gesetzlich geschützten Präparate verwenden.

„Pax“ gegen Wanzen und Brut

„Reyberol 1“ gegen Krätze, Hautjucken u. Ausschlag

„Reyberol 2“ gegen Kopfläuse und Brut

„Mottenteufel“ bester, sauberster Mottenschutz.

Für sofortige Wirkung unserer Präparate leisten wir volle Garantie. Darum lassen Sie sich nichts anderes aufreden. Erhältlich in jeder Drogerie, wo nicht, direkt durch
Reyher & Behrens,
Fabrik pharmazeutisch-technischer Präparate,
Berlin S 29, Planauer 92b.

Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.

C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen.
Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Erfinder

bedienen sich zur Anwendung und Verkauf ihrer Erfindungen, Ideen eines Patentschutzes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfolg: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für
850 000 M.
F. Erdmann & Co.,
Berlin, Königgrätzer Str. 71.
Boschkerzen,
alt. Kauf Fr. Brandt,
Falkensteinstr. 18 und
Sonnenburger Str. 27.

Tüchtige Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damenkonfektion
sofort gesucht.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags,
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Tüchtige Verkäuferinnen
für die Abteilung
Bijouterie
desgleichen tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Noten
welche flott vom Blatt spielen
können
sofort gesucht.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Brunnenstr. 19/21.

Für unsere Leihbibliothek
suchen wir sofort eine tüchtige
Dame
welche über die nötigen literarischen Kenntnisse verfügt und gleiche oder ähnliche Stellung bereits bekleidet hat.
Meldungen: 1-2 Uhr mittags
oder 5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Schirrmeister
für schwere Sofomotionarbeiten und Schirrmeister für Winterreifen, Persönliche Bestellungen in unfr. Arbeiternahme Tor 1. 865 D

„Orgesch.“

Wiederkehr der Zeitfreiwilligen und Einwohnervetehren.

In seiner Rede vom Sonnabend hat Genosse Lübb-
ring die Bestrebungen der reaktionären Kreise enthüllt, die
sich besonders um den Namen des Hauptmanns Escherich
knüpfen. Dieser bekannte Organisator der bayerischen Ein-
wohnervetehren ist nämlich daran, eine Zentralorgani-
sation für alle angeblich aufgelösten Zeitfreiwilligenforma-
tionen und Einwohnervetehren im ganzen Reich zu
schaffen. Ein günstiger Wind hat uns wertvolle Unterlagen
über seine Pläne und über die Form ihrer Gestaltung auf
den Redaktionstisch geweht. In einer Sitzung der Organi-
sation Escherich (Telegraphenadresse Orgesch München), die am
12. Juni 1920 (nach den Wahlen) in Berlin stattfand,
wurden nämlich folgende Richtlinien festgelegt:

I. Durch Besprechung mit Vertretern einer Regierung-
skommission ist folgendes erreicht und zugestanden:
1. Orgesch ist eine legale Organisation.
2. Die Geldfrage ist vom Staate zu lösen.

Der bekannte Buchhausparagraf ist durch diese An-
erkennung seitens der Regierung auf Angehörige der Orgesch nicht
anwendbar.

II. Der Aufruf der Orgesch erfolgt durch Escherich im Be-
nehmen mit der Regierung.

Bei Aufruf der Orgesch erklärt die Regierung gleichzeitig den
Ausnahmestand.

Die Orgesch unterstellt sich den militärischen Ober-
befehlshabern, solange diese auf dem Boden der Satzungen von
Orgesch stehen.

Im Falle lokaler Unruhen wird Orgesch aufgebieten
a) durch die Provinzialleiter oder b) durch die Gesamtlei-
tung Escherich. (Der Bericht unterscheidet drei Phasen von
Unruhen, und zwar: Lokale Unruhen, große lokale Unruhen,
großer Brand.)

III. Die Mittel, welche für Orgesch erforderlich sind, werden
nach Aufruf von Orgesch vom Staat, und zwar von den
Landesfinanzämtern, angewiesen. Bis dahin, für die Gesamtvor-
bereitungen und während ruhiger Zeiten, werden die Mittel für
Orgesch aus Privatsammlungen aufgebracht.

IV. Aufgaben der Orgesch.
1. Freimachen der Reichswehrtruppen bzw. von Sipo durch
Zuführung ziviler Kräfte (lokale Organisationen).

(Anmerkung d. Red.: Es handelt sich hier um die Auflösung,
der stationären Formationen, welche bisher unter dem Namen
Einwohnervetehren, Stadivetehren usw. bestanden, deren
Auflösung und Entwaffnung bislang bekanntlich nicht erfolgte.
Diese sollen in ihren Heimorten bzw. deren Umgebung garni-
sonierte Reichswehr oder Sipo für andere Aufgaben freimachen
bzw. sie im Notfalle verstärken.)

2. Aufstellung beweglicher Formationen.

(Anmerkung d. Red.: Es handelt sich hier um die Reorgani-
sation der bisher bestehenden Zeitfreiwilligenforma-
tionen, deren offizielle Auflösung zwar vorliegt, die sich
aber im Besitze von Waffen und Ausrüstungen nach
wie vor befinden. Sie sind, wie wir schon mehrfach dargestellt
haben, in Sportclubs usw. zusammengefaßt, und ihre mili-
tärische Übung ermöglicht ihre jederzeitige Verwendung als
schlagkräftige Truppe. Jugendeine Kontrolle über die Loyalität
dieser Verbände besitzt die Regierung nicht, im Gegenteil sind diese
ihrer Beaufsichtigung völlig entzogen und niemand als der
Herr Escherich bürgt dafür, auf welche Seite sich diese Truppen im
gegebenen Augenblick stellen.)

V. Ueberleitung der Orgesch.

1. Die Gesamtleitung liegt beim Stabe Escherich
(Berlin-München), welcher die gesamten Vorarbeiten, Verhand-
lungen und den Aufbau der Orgesch zu leiten hat.

2. Provinzialleitungen. Die Provinzialleitungen
werden geführt von je einem Zivil- und einem militäri-
schen Leiter. Die Zivilleiter sind von Escherich durch Hand-
schlag berechtigt.

Die militärische Leitung gliedert sich in vier Befehlsstellen,
welche angelehnt sind an die Reichswehrgruppenkommandos, und
sind:

1. Befehlsstelle Nord-West (Hannover): Admiral Hein-
rich — Graf v. Dampdorf.
2. Befehlsstelle Nord-Ost (Berlin-Hamburg): v. d. Osten
— Graf v. d. Osten — je 1 Vertreter von Handel und Industrie.
(Anmerkung d. Red.: Offenbar als Garant der Geldgeber.)
3. Befehlsstelle Hessen (Kassel): Regimentskapitän
v. Selchow.
4. Befehlsstelle Süd (München): Hauptmann Escherich.

Der Schwerpunkt liegt in der Landesorganisation,
der entsprechend zu erfolgen hat.

(Anmerkung d. Red.: Die Leiter der Orgesch stehen den Krei-
sen nahe, welche die ländlichen Bezirke von den Industriebezirken
abspalten wollen, um so eine Isolierung der „roten Gefahr“
zu erreichen. Es wäre zu prüfen, wie weit die Vertreter von
Orgesch mit den Landbewaffnungen in Verbindung stehen,
zum mindesten arbeiten sich diese Bestrebungen in die Hände.)

Man hat es hier mit einer Zusammenfassung
aller bestehenden legalen und illegalen
bürgerlichen Geheimbewaffnungen zu tun.

Da durch die militärischen Bedingungen von Spa in
weiten Kreisen der Finanz und Industrie die Neigung
wachsen wird, eine solche Organisation zu fördern und sich
ihnen zu bedienen, erhöht sich die Gefahr, daß Orgesch als
Vorkämpfer einer bestimmten wirtschaftlichen und politischen
Interessengruppe lediglich eine bewaffnete Or-
ganisation der Reaktion wird und auf eigene
Haft Politik macht.

Die Beteiligung der Regierung an diesem
Unternehmen ist ebenso befremdend wie verwerflich. Es
muss festgestellt werden, welche Regierungsstelle
Escherich die Zusage der Legalisierung und Finanzierung im
Falle des Aufrufes gemacht hat. Denn abgesehen von allen
innerpolitischen Gesichtspunkten ist absolut unver-
ständlich, wie eine Regierung, die in Spa unterzeichnet hat,
zur Legalisierung einer Organisation die Hand bieten kann,
die einen glatten Bruch des Abkommens bedeutet.

Rätselhafter Waffenraub.

Sitzau, 3. August. (ZTB.) In der Nacht zum Sonntag
griff eine etwa 70 Mann starke Bande die Wachtposten des
Kriegsgefangenenlagers Sitzau an, bemächtigte sich ihrer Ge-
wehre und drang in das Lager ein, aus dessen Waffenkammer noch
weitere 20 Gewehre mitgenommen wurden. Die Hauptwache
des Lagers erkundete das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, die

die Gewehre fortwarfen und entflohen. Nur die 15 Gewehre
der Wachtposten wurden von ihnen mitgenommen.

Ob es sich hier um Banditen oder um Leute handelte, die zu
„politischen“ Zwecken Waffen brauchten, wird auszulären sein. Do-
gegen ist schon klar, daß die Wachtposten sich leicht haben über-
tumpeln lassen.

Reichswehr nach Zittau.

Dresden, 3. August. (ZTB.) Der nach Zittau entsandte
Sonderberichterstatter der „Telegraphen Union“ drahtet: Die Reichs-
wehr war bis 7 Uhr abends in Zittau noch nicht eingerückt, dagegen
ist das staatliche Elektrizitätswerk Hirschfeld, das den gan-
zen Bezirk der sächsischen Oberlausitz mit Strom versorgt, mittags
von Reichswehrtruppen besetzt worden, ohne daß es zu
ernsten Zusammenstößen gekommen ist.

In die Umgebung von Zittau sind während der letzten Nacht
mehrere Züge Reichswehr und Sicherheitstruppen, ausgerüstet mit
allen Kampfmitteln, aus verschiedenen Linien hingeleitet worden.
In der Stadt ist seit heute früh eine wesentliche Entspara-
nung eingetreten. Vormittags 11 Uhr fand auf der Schloßwiese
eine von 6000 Personen besuchte Versammlung statt. Die Führer
des Ober-Ausschusses, der sich aus Unabhängigen und Kommunisten
zusammensetzt, Franze und Müller, erstatteten Bericht über die
Maßnahmen der sächsischen Regierung. Ein Berliner Redner er-
mahnte eindringlich zur Besonnenheit. Die Versammlung beschloß
mit überwältigender Majorität, morgen, Mittwoch, in allen Be-
trieben Zittaus und der Umgebung über die Fortsetzung des Ge-
neralstreiks eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen.
Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit soll allerdings
die vorherige Aufhebung des Belagerungszustandes sein. Die mit
roten Armbinden und Revolvern ausgerüsteten Posten wurden
heute von den Straßen zurückgezogen. Die öffentliche Gewalt ist der
Polizei wieder übergeben worden.

Kundgebung republikanischer Offiziere.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik wendet
sich mit folgender Kundgebung an das In- und Ausland:

„Heute, wo sich zum sechsten Male der Tag fährt, an dem der
Krieg ausbrach, wenden wir uns an die Kameraden, die im Kriege
den Krieg verabscheuen gelernt haben. Wir bitten sie, ihre
ganze Kraft einzusetzen an der Mitarbeit bei der Ausrottung dieser
menschenunwürdigen Einrichtung, und wir bitten sie weiter, auf die-
jenigen Kameraden einzuwirken, die noch nicht eingesehen haben,
daß nicht Revanche, sondern nur Revision des Versailles
Vertrages auf dem Wege der Verständigung erstrebt werden
darf und muß.“

An unsere Reichstagsabgeordneten ergeht die Bitte, alles zu
tun, daß den beklagenswerten Opfern des Krieges, den Invaliden
und Schwerbeschädigten, den Witwen und Waisen, mehr als bisher
geholfen werde trotz aller unserer Finanznot durch größte Spar-
samkeit an geeigneten Stellen.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik vertritt ehrlich
die Überzeugung, daß die Richtlinien für die deutsche Innen- und
Außenpolitik Aufrichtigkeit und Verschuldlichkeit heißen
müssen. Voraus glauben wir das Recht einzunehmen zu dürfen, an
alle Offiziere aller Länder, mit denen wir Krieg
führten, die kameradschaftliche Bitte zu richten, auch ihrerseits in
ihren Kreisen darauf einzuwirken, daß unserem Volke, das in seiner
überwiegenden Mehrheit den Krieg nicht gewünscht hat, Ver-
ständnis und Hilfe entgegengebracht werde und jedes un-
begründete Mißtrauen erspart bleibe.“

Diese Kundgebung wurde den Berliner Vertretern der
hauptsächlichen Großstaaten, mit denen wir Krieg führten,
mit der Bitte überreicht, diese Kundgebung in ihren Ländern
zur Kenntnis des Offizierskorps zu bringen.

Racheschulz im Rheinland.

Reichswehrminister Gehler droht die Kohlenförderung.

Duisburg, 3. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Unser hiesiges Parteiblatt schreibt: Unter unserem gegen-
wärtigen Reichswehrminister scheint tatsächlich alles möglich zu
sein. Auf der einen Seite wird die republikanische Rhein-
landbrigade aufgelöst, auf der anderen Seite trans-
portiert man einen allbekannten Major Schulz in das wich-
tigste Wirtschaftszentrum des Deutschen Reiches. Nachdem
erst im April dieses Jahres das Korps des Majors Schulz auf
Grund seiner unklügelhaften Tätigkeit während der Vorkämpfer aus
dem Ruhrgebiet abberufen wurde, um aufgelöst zu werden und
Major Schulz zwecks Entlassung vorläufig beurlaubt wurde, be-
fähigt das Reichswehrministerium heute den Mut, uns dieselbe
Garde ins Land zu schicken, die bei dem größten Teil der
Bevölkerung verhaßt ist. Gegen ein derartiges Ansehen wird
seitens der Arbeiterschaft im Ruhrrevier der schärfste Protest ein-
gelegt. Die Reichswehrminister scheint für die wirtschaft-
liche Lage Deutschlands jedes Verständnis abzugeben, denn
sonst würde er nicht neuen Aufbruchstoff durch die Stationierung
eines Korps, dessen Name allein die Reaktion ver-
leitet, liefern.

Ein wertvolles Zeugnis.

Die Deutsche Volkspartei beim Rappverbrechen.

Wenn zwei sich streiten, so erfährt die Weltbekannt-
lich die Wahrheit. Am meisten gilt das, wenn zwei Mit-
schuldige eines Verbrechens sich hinterher in die Haare ge-
raten. Die Deutschnationale und die Deutsche
Volkspartei haben bekanntlich, solange sie in Opposition
zur Regierung standen, solidarisch ihre Beteiligung am Rapp-
Putz standhaft abgeleugnet. Nun aber ist die Volkspartei
in der Regierung, die Deutschnationalen sind draußen, da-
durch hat sich die Verbündetenolidarität gelockert und man er-
fährt allerhand.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr empört, weil von
der am Montag im Reichstag beschlossenen Amnestie die Führer
und Anführer des Rapp-Unternehmens ausgeschlossen sind.
Ihr Hauptargüer richtet sich gegen die Deutsche Volkspartei,
weil diese für das Amnestiegesetz in seiner jetzigen Fassung
gestimmt hat. Vorwurfsvoll schreibt das deutschnationale
Organ:

Das ist besonders bemerkenswert, soweit die Deutsche Volk-
spartei in Frage kommt, die nicht nur in aller Deutlichkeit ihren
Führer desavouiert, sondern die sich auch in ihrer Gesamtheit
selbst desavouiert angeht ihrer Haltung zum
Rapp-Unternehmen im März. War doch die Stellung der
Volkspartei zur Rapp-Regierung sehr viel ermunternder als die der
Deutschnationalen.

Dieses Geständnis ist wertvoll genug, um nicht vergessen
zu werden.

Die brennendste Entwaffnung.

Die nächtliche Ausplünderung des deutschösterreichischen
Staatswaffenlagers Fürstfeld durch eine ungar-
ische Militärmacht im Räubergetöse und unter brutaler
Vergewaltigung der Bürger und Gendarmen ist eine Tat von
weittragender Bedeutung. An der alten ungarischen Grenze
sind sehr starke Gorthy-Truppen konzentriert, obwohl dieses
Gebiet nach den in Kraft getretenen Friedensverträgen von
St. Germain und Neuilly längst zu Deutschösterreich ge-
hörte — Gorthy-Ungarn denkt gar nicht daran, dieses deutsche
Land, das die Ernährung Wiens und der übrigen Industriestädte
verbessern könnte, zu räumen. Während Deutsch-
österreich auf ein Soldatenheer von 30 000 Mann beschränkt
wird, bleibt Ungarn gegenüber das Abrüstungsdefizit außer
Kraft, die Gorthy-Armee mobilisiert darauf los und ist heute
schon über 100 000 Mann stark. Sie soll der Entente als
Polenerzähler gegen Rußland dienen, ihr selbst aber ist
die Wiederherstellung des alten Völkernachkriegsstaates
Ungarn als Herrschaftsjunkerliche Militärmarchie das Ziel.
Ein starker Antrieb dazu ist natürlich die Abreifung fern-
nordischer Gebiete und der wichtigsten Produktionsstätten
und Rohstofflager durch das Diktat. Zur Erreichung dieses
Ziels müßten aber die Tschechoslowakei und Südslawien zur
Räumung der ihnen zugefallenen Gebiete Mit-Ungarns ge-
zwungen werden, und bei dem Kampf gegen die mittel-
europäische Demokratie soll zunächst Deutschösterreich, vor
allem das rote Wien samt den Industriestädten Wiener-
Neustadt, Graz, dem oberösterreichischen Eisenrevier usw. gefe-
belt und der österreichischen Reaktion zur Wiederaufrichtung
des Reich-Ungarns ausgeliefert werden. Haben doch die
Christlichsozialen Heimwehrleute in der Steiermark syste-
matisch den Wiener Befehl zur Räumung der Grenzwaffen-
lager sabotiert und so den ungarischen Raub direkt begünstigt.
Da nun die sozialistische Arbeiterschaft der Träger des An-
schlußgedankens an Deutschland und der Republik ist, begreift
man, daß auch diese Seite des Gorthy-Militarismus die
Sympathie Frankreichs besitzt, die sich, nach der Wiener
„Arbeiterzeitung“, mehr und mehr von der Tschechoslowakei
ab- und Gorthy-Ungarn zuwendet. Eine französische „San-
del“-mission unter dem Grafen Saint-Sauveur („der
heilige Rette“) arbeitet eben jetzt in Wien und Budapest.
Englands Beherrscher aber werden wie immer der Her-
stellung Europas mit Entrüstung, doch befriedigt zusehen.

In Jala-Gaerzeg wird eine eigene „öster-
reichische Legion“ aufgestellt, die aus übergelaufenen
Offizieren und aus eingegangenen und betrogenen Mann-
schaften besteht. Man erkennt umhauert das Muster der
Fremdenlegion und schließlich auch der im Krieg von der
Entente aus Kriegsgefangenen und Ueberläufern gebildeten
Legionen. Hier ist der offen eingestandene Zweck der
Ueberfall auf das eigene Vaterland unter dem
Titel seiner „Befreiung vom roten Terror“. Nun ist in
Wien von solchem Terror gar keine Rede, und selbst die
Schandtat der Budapest „Nöte“-herrschaft sind längst ins
Wesentliche verblüht vor den Graueln der Christlich-nationalen
Offiziersbestien Gorthy-Ungarns.

Die Entente duldet all diese Vorbereitungen aus Angst
vor einem Zusammenbruch Deutschlands mit Sowjetrußland,
aus Angst also, sich im eigenen Netz zu fangen. Wenn jemand
Vorbereitungen dafür geschaffen hat, so sind es die Mader
und Bollstrecker der Völkernachkriegs von Versailles,
St. Germain, Spa usw. Und Deutschen kann das Schicksal
unseres Deutschösterreich niemals gleichgültig sein. Fällt
Wien, so triumphiert auch in Deutschland die Gebeimarmee
des von Ungarn aus leitenden Majors Bischoff, und die
Gefahr des entsehrlichen Bürgerkrieges und des ungeligen,
aber unaussprechlichen Wechsels von weißem und rotem Terror
wächst ins Unheimlichste.

Es liegt an der Entente, die von der Wiener Regierung
angerufen worden ist, ob sie die halbwegs unblutige demo-
kratische Entwicklung in Mitteleuropa sichern will. Die drin-
gendste Bedingung dafür ist heute die Entwaffnung
Gorthy-Ungarns.

Hilferuf der Gewerkschaften.

Wien, 3. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Die deutschösterreichische Gewerkschaftskommission ruft
in einer nach Amsterdam gerichteten Depesche die Gewer-
schaften der Welt gegen Ungarn auf. Es heißt in dieser
Depesche: Die ungarische Rebellion steht nicht nur im eigenen
Land, sondern sie bedroht auch das wehrlose Deutsch-
österreich. Ungarische Truppen rücken in weit härterer Nähe
der Grenze zu und haben vor einigen Tagen einen räuberischen
Einsatz in Fürstfeld vollführt. Die bewaffneten Soldaten haben
die Bevölkerung drangalieren und österreichischen Staatseigentum
geraubt. Die österreichische Arbeiterschaft befürchtet weitere
Einfälle und hält die Errungenschaften der jungen
Republik für gefährdet, wenn nicht den ungarischen Re-
bellen von den Ententeregierungen Einhalt getan wird. Wir ap-
pellieren dringend an die Gewerkschaften Englands, Frank-
reichs und Italiens, dem österreichischen Volk in der äußerst
schwierigen Lage beizustehen. ges. Queber. Dorn.

Maßregelung eines belgischen Kammermitgliedes. Das Kam-
mermitglied Maes, das anlässlich des Eindringens demon-
strierender Kriegsteilnehmer in das Kammergebäude
diesen zugejubelt hatte, wurde einer scharfen Untersuchung unter-
zogen. Maes wurde schließlich als Mitglied der Volkspartei
vorübergehend gestrichen und hat sofort den Sitzungssaal ver-
lassen. Das Gebäude der Kammer wurde von 200 Gendarmen zu
Fuß und zu Pferde bewacht. Auch im Sitzungssaal waren
strenge militärische Maßnahmen getroffen.

Keine Klippkarte für Reichsbeamte. Durch die Tagespresse ging
nächtl. eine Mitteilung, der frühere Reichsarbeitsminister Schilde
habe im Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Beamten ein-
gestellt, für die das Ministerium Kurse im Diktat und im Kopie-
rechnen habe einrichten müssen. Die Anstellung solcher Ver-
schuldigten als Ministerialbeamte sei solange erlaubt, bis das
Kabinett eingetreten habe. Ähnliches ist auch im Reichstage
gefragt worden. Diese Angaben sind, wie uns aus dem Reichs-
arbeitsministerium mitgeteilt wird, vollkommen unzutreffend. Im
Reichsarbeitsministerium sind seit seiner Begründung im Oktober
1918 nur Beamte eingestellt worden, die die nötige Vorbildung
für eine Tätigkeit in einem Reichsministerium besaßen. Lehrgänge
in den Elementarlehren haben im Reichsarbeitsministerium selbst
verständlich niemals stattgefunden. Aufsehenerregend hat zu der
„Tribüne“ Mitteilung die Tatsache Veranlassung gegeben, daß bei
den Versorgungsbehörden, die dem Reichsarbeitsministerium
nachgeordnet sind, Lehrgänge für Kriegsbefehlshaber
in Aussicht genommen werden. Die Kriegsbefehlshaber besitzen
zwar die notwendigen Fachkenntnisse, ihre Allgemeinbildung bedarf
aber in manchen Fällen noch der Vertiefung, damit sie allen An-
forderungen genügen, die an Beamte gestellt werden müssen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Betriebsräteorganisation.

S. P. D. und Afa gehen zusammen.

Die der S. P. D. angehörenden Betriebsräte nahmen gestern abend in einer überfüllten Versammlung, die in den „Germania-Sälen“ abgehalten wurde, Stellung zu den Verhandlungen der Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale in der Rünzstraße.

Ob dieser Punkt der Tagesordnung behandelt wurde, hielt Heinrich Ströbel einen Vortrag über die russische Revolution. Nach einer eingehenden Schilderung der durch die Revolution in Rußland geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kam der Redner zu dem Schluß, es sei auch gegen unsere Interessen, wenn der Bolschewismus in Rußland durch die Reaktion gefördert würde. Aber wir wollen uns von den Bolschewisten nicht vorführen lassen, welche Einrichtungen wir in unserem Lande zu treffen und mit welchen Mitteln wir den Sozialismus zu verwirklichen haben. Wir wünschen friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Rußland. Das tolle Experiment des Bolschewismus wollen wir nicht nachmachen. Wir wollen auf dem Boden der Demokratie zum Sozialismus kommen. Wir brauchen auch nicht das russische Räuberregiment einführen, was gar nicht auf unsere Verhältnisse paßt. Wenn die Arbeiter einig sind, dann sind sie die herrschende Klasse und können dafür sorgen, daß der Wille der Klassen in die Tat umgesetzt und der Sozialismus ohne Anwendung von Gewalt durchgeführt wird.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Hierauf referierte Reinke über die Verhandlungen, die zur Einsetzung der provisorischen Betriebsrätezentrale

geführt haben, auf dessen Zusammenfassung sich die Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale in der Rünzstraße kürzlich verständigt hat. Der Redner wandte sich besonders gegen den Punkt der Einigungsbedingungen, der anstatt eines Jahres gewerkschaftlicher Mitgliedschaft ein Jahr gewerkschaftlicher Schulung als ausreichend für die Wählbarkeit hinstellt. Um diesen Punkt ist, wie der Redner ausführte, bei den Verhandlungen ein harter Kampf geführt worden. Die „freigewerkschaftliche Schulung“ wird von ihren Inhaberredaktionen so verstanden, daß es genügt, wenn jemand vor einer Reihe von Jahren einmal ein Jahr einer Gewerkschaft angehört hat. Das ist eine Bedingung, auf die sich kein konsequenter Vertreter freigewerkschaftlicher Grundsätze einlassen kann. (Lebhafter Zustimmung.)

Ottmann sprach als Vertreter der Gewerkschaftskommission. Er erkannte die vom Referenten vertretene Meinung grundsätzlich an und betonte, daß auch die Gewerkschaftskommission anfangs auf diesem Standpunkt gehalten habe. Da aber auf dieser Grundlage eine Verständigung nicht zu erzielen war, entstand die Frage, ob wir es verantworten können, es wegen dieser Angelegenheit wieder zum Bruderkampf kommen zu lassen. Diese Frage muß verneint werden und deshalb wurde die Einigung abgelehnt. Wenn die Betriebsräte der S. P. D. und der Afa mit der Gewerkschaftskommission zusammengehen, dann haben die Vertreter der gewerkschaftlichen Gedanken die Mehrheit und es kann keine Gefahr für sie aus den Einigungsbedingungen entstehen. Jetzt muß endlich praktische Arbeit geleistet werden.

Fischer erklärte sich ganz entschieden gegen die Anerkennung der Einigungsbedingungen.

Vrolat sagte, anstatt praktische Arbeit in der Betriebsrätefrage zu leisten, ist die Gewerkschaftskommission den Vertretern der Rünzstraße nachgelaufen und hat ihnen schließlich nachgegeben. Jetzt handelt es sich für uns darum, ob wir durch einen Beschluß den Vorfall der Gewerkschaften vorbereiten und ob wir die Selbständigkeit der freien Gewerkschaften aufgeben wollen. Das ist es, worauf es ankommt, und das müssen wir verneinen. Wenn das die politische Radikalen tun, so brauchen wir das doch nicht mitzumachen. Der Redner betonte, daß sich die Gewerkschaftskommission nicht grundsätzlich verhalten habe. Er empfahl ein Zusammengehen der freigewerkschaftlichen Betriebsräte mit der Afa.

Körpel, Vertreter der Afa, führte aus: Die Gewerkschaftskommission sei, wie Ottmann sagte, auf Drängen der U. S. V.-Mitglieder umgefallen. Er (Redner) wies darauf hin, daß auch die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei umgefallen seien. Die Reden, die heute hier gehalten wurden, hätten vor acht Tagen gehalten werden müssen. Ich habe kürzlich mit Dismann, dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes gesprochen. Auch er ist ein Gegner der Rünzstraße und sagte zu mir, es sei zu wünschen, daß nach dem Umsturz der Gewerkschaftskommission wenigstens die Afa an ihrem Standpunkt festhalte. Er, Dismann denke gar nicht daran, den Reuten der Rünzstraße auch nur den kleinen Finger zu reichen. Der Metallarbeiterverband — habe Dismann gesagt — stehe am Rande des Abgrundes, wenn die wahnsinnigen Maßnahmen der Radikalen nicht endlich auf-

hören. Es könne nicht so gehen, daß die Betriebsräte Aktionen ins Werk setzen, die die Gewerkschaften finanzieren müssen. — Der Redner verweist auf Artikel von Richard Müller, der die Einigung mit der Gewerkschaftskommission als einen Sieg der Rünzstraße bezeichnet. — Diese Leute verfolgen konsequent ihren Weg, mit ihnen können wir nicht zusammengehen. (Beifall.)

Nachdem noch ein Redner in diesem Sinne gesprochen hatte, verwahrte sich Reinke nicht im Schlußwort gegen die Behauptung Körpels, die Vertreter der S. P. D. seien umgefallen. Sie haben sich zwar im Interesse einer Verständigung an den Verhandlungen beteiligt, aber immer betont, daß die Entscheidung der Versammlung ihrer Auftraggeber vorbehalten bleibt. Der Standpunkt der S. P. D. Vertreter sei durchaus konsequent.

Angenommen wurde mit allen gegen drei Stimmen folgende

Entschließung:

„Die Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsräte lehnt einen Aufbruch der Betriebsräte, der die gleichberechtigte Einordnung unorganisierten, Selber und aller die freien Gewerkschaften bekämpfenden Elemente vorsieht, ab.“

Wir bedauern es außerordentlich, daß die Gewerkschaftskommission ihre am 24. Juni d. J. beschlossenen Richtlinien, wonach die Zusammenfassung der Betriebsräte nur durch die Gewerkschaften vorzunehmen ist, preisgegeben hat.

Die Versammlung begrüßt die Stellungnahme der Betriebsräte der Afa und beschließt, sofort mit der Afa in Verhandlung zu treten zwecks gemeinsamer zu treffender Maßnahmen zum endgültigen Zusammenschluß aller auf dem Boden der S. P. D. und der Afa stehenden Betriebs-, Arbeiter- und Angelegenheitsräte.“

Der Streit der Fensterputzer.

In einer am 2. August d. J. stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung, in der Bericht über den Stand der Lohnbewegung gegeben wurde, kam abgesehen zum Ausdruck, den Streit bis zum äußersten weiterzuführen. Die Hoffnungen der Arbeitgeber, die Fensterputzer seien kampfesüchtig, sind dadurch illusorisch gemacht worden. Die Geschlossenheit und der Mut der Streikenden ist bewundernswert. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen. Die Forderungen haben bis jetzt 151 Arbeitgeber anerkannt. Ein Beweis, daß dieselben gerecht sind. Der Streikleitung wurde einstimmig volles Vertrauen entgegengebracht und die bisherige Taktik aufgegeben; weitere Maßnahmen bleiben der Streikleitung überlassen. Die Fensterputzer appellieren weiter an die Solidarität der Arbeiterschaft. Jeder, der bei der Arbeit angetroffen wird, muß im Besitz eines Ausweises der Zentralstreikleitung sein. Ferner weisen wir die Arbeiterschaft auf die Fensterputzergenossenschaft, die schon seit Jahren besteht, ganz besonders hin.

Die Streikenden sehen der Weiterentwicklung des Kampfes, der von den Arbeitgebern aufgedrungen wurde, mit ruhigem Gewissen entgegen. Nochmals: Arbeiter! Lebt Solidarität!

Die Zentralstreikleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin). Vertrauensleute der Lederbranche! Donnerstag, den 5. August, abends 6 Uhr, Versammlung bei H. Bille, Polster 29, Parfumeriegeschäft. — Lagerarbeiter, Packer, Hausdiener, Kutsher usw. aus allen Betrieben des Fleis-, Fleischwaren-, Brau-, Stahl-, Holz-, Blech-, Emaille-, Haus- und Wäschegüter-, Fleis- und Fleisch-, Metzgerei- und Metzgereiwarenhandels sowie der Kleinfabrikanten. Freitag, den 6. August 1920, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 14/15: Brandversammlung. — Anliegen aus den Buchdruckereien und Zeitungsoverlagsanstalten! Die Abgabe der Richtlinien vom Demobilisationsamt sind fertiggestellt und können im Verlagsbüreau, Zimmer 38, abgeholt werden. — Brandeinstaffler und Kallendoten. Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr: Vertrauensmännerversammlung bei Wegener, Seydelstr. 30.

Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe 5a (Kassabehälter, angehende). Mitgliederversammlung s. d. R. 7, 1/2 Uhr. Gesellschaftshaus am Dönhofsplatz, Rolenthaler Str. 30. Ergebnisse und Erfahrungen des Streiks. — Nachgruppe 11 (Post- und Möbelindustrie). Mitgliederversammlung s. d. R. 7, 1/2 Uhr. Rolenthaler Hof, Rolenthaler Str. 67. — Nachgruppe 8a (Export und Import). Mitgliederversammlung s. d. R. 7 1/2 Uhr. „Schultheiß-Anstalt“, Neue Jakobstr. 24.

Zentralverband der Fleischer. Bezirksversammlungen am Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr: Bezirk Schöneberg-Friedenau-Stealitz im Lokal von Berg, Feuerstr. 16, unweit Ringbahnhof Schöneberg. — Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, abends 6 1/2 Uhr, im Charlottenburger Volksbau, Kolonnenstr. 8. — Bezirk Prenzlau-Rieschdönhäuser, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Engel, Pantom. Bühnenstr. 45. — Am Freitag, den 6. August, Bezirk Reinickendorf-Bittenau-Legel, abends 7 Uhr, im Lokal von Pahl, Pöhlstr. 113 in Reinickendorf. — Bezirk Spandau, abends 6 1/2 Uhr, im „Neuen Kollsteiner“ am Markt.

Angeleitertenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverweser, Ortsgruppe Groß-Berlin. Sektion Zeitungsgewerbe. Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, in den Jugendböden, Rolenthaler Straße 36, Sektionversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung über die bisherigen Verhandlungen im Zeitungsgewerbe. Die künftige Tarifpolitik. Referent: Kollege Dr. Schirrmann.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals. Sonnabend, den 7. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, SO 16, Engelauer 14/15, großer Saal, Sektionsmitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu der am 10. bis 11. August stattfindenden Reichskonferenz für Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Wahl der Delegierten.

Achtung! Feinmechanik und Optik. Die Angestellten der Maschinen- und Optik-Betriebe des Metallarbeiterverbandes für Feinmechanik und Optik beschließen, sich am Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr, im Arbeitervereinsklub, Rolenthaler Str. 31, Tagesordnung: Berichterstattung über die Tarifverhandlungen.

Wirtschaft

Fortschreitende Konzentration.

Die deutschen Kaffadenfabriken haben sich zum „Verband Deutscher Baumwoll-Kaffaden-Fabriken“ (Kaffadenverband) G. m. b. H. und zur „Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Kaffaden-Fabriken“ (Kaffadenvertrieb) G. m. b. H.“ vereinigt. Der Sitz des Verbandes ist Berlin, der der Vertriebsgesellschaft München. Den beiden Organisationen gehören sämtliche mahkenden deutschen Baumwoll-Kaffadenfabriken an. Der Verkauf der Baumwollkaffaden erfolgt ab dann durch die Vertriebsgesellschaft. Der neugegründete Verband beschloß mit Gültigkeit ab 1. d. M. eine allgemeine Herabsetzung der Kaffadenpreise und Erleichterungen in den Zahlungen- und Lieferungsbedingungen.

Die Kohlenpreise bleiben unverändert.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat hatte bekanntlich eine Erhöhung der Steinkohlenpreise um 25 M. pro Tonne beantragt. Der Kohlenverband hatte zusammen mit dem großen Ausschuss des Reichslohnenrats diesen Antrag auf 9 M. herabgemindert, nachdem die Finanzierung der Siedlungsbauten durch einen Reichsvorschlag von 300 Millionen Mark vorläufig sicher gestellt worden war. Das Reichswirtschaftsministerium hatte auch gegen eine Preissteigerung von 9 M. Einspruch erhoben. Daraufhin hatte sich eine Kommission der Bergbauinteressenten gebildet, die dem Reichskabinett nochmals ihren Standpunkt darlegte. Das Reichskabinett wird indes, wie man mit Sicherheit annehmen kann, die Kohlenpreissteigerung um 9 M. ablehnen und eine Regelung treffen, die den finanziellen Notwendigkeiten der Kohlen bis zu einem gewissen Grad entgegenkommt, ohne aber den Kohlenkonsum zu belasten.

Eine neue Siedlungsgesellschaft.

Unter dem Namen „Neue Heimat“ wurde in Berlin, Taubensstraße 34, eine Gemeinnützige Zentral-Siedlungsgesellschaft für vertriebene Elia-Lothringen im Reich G. m. b. H. gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung von Wohn- und Arbeitsstellen in der Elia-Lothringen durch Beschaffung von Arbeits- und Wohngelegenheit. Die Gesellschaft ist der von den Reichsstellen anerkannte organisatorische und finanzielle Träger für alle elia-Lothringischen Siedlungsunternehmen und untersteht der Aufsicht der Abteilung für Elia-Lothringen des Reichsministeriums des Innern.

Schwierigkeiten in der belgischen Industrie.

Nach einem Bericht der Telegraphen-Union aus Brüssel erklärt der belgische Arbeitsminister, daß die zunehmende Krise in der belgischen Industrie die Besorgnis der Regierung hervorgerufen habe, und daß besondere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit getroffen werden müßten. In Verviers ist die Arbeit in den Fabriken um 20 bis 30 Proz. eingeschränkt worden. In der Brüsseler Industrie müßten zwei freie Tage in der Woche eingeführt werden; man erwägt, die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden zu verringern. Die Krise erstreckt sich auf die Diamant-Industrie, Zucker- und Schokoladenfabriken, Textilindustrie, Baugewerbe und die Ziegeleiindustrie. Die Ziegeleien verfügen zwar noch über große Steinvorräte, doch sind diese zurzeit infolge des Preisrückganges unverkäuflich. In Flandern dehnt sich die Krise in den Delfabriken, der Tabakindustrie und bei den Spinnarbeitern aus. In Gent können die Webereien ihre Betriebe nur zu 50 Prozent aufrechterhalten. Von 400 Blumenzüchtereien sind 160 geschlossen. In den Webereien und Schuhfabriken nimmt die Arbeitslosigkeit ebenfalls fortwährend zu. Der Arbeitsminister betrachtet es als ein Hilfsmittel, die Krise abzuwenden, wenn die Preise verringert werden können, damit die allgemeine Kaufkraft wieder angeregt wird. Dazu sei erforderlich, daß die Fabrikanten und Händler ihre äußerst hohen Gewinne einschränken.

Verchiebung der Königsberger Messe. Der Transportarbeiterstreik hat das Rehamt veranlaßt, die für den 15. August angelegte deutsche Sittmesse vom 26. September bis 1. Oktober abzuhalten.

Die Preisliste des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hat trotz gestiegener Löhne, Gehälter und Kosten beschlossen, die Teuerungszuschläge für Maschinen und Transformatoren um zirka 10 Proz. herabzusetzen. Bei der Preisbestimmung dieser Fabrikate spielt der Eisenpreis eine wichtige Rolle. Die Verkaufspreise der übrigen Fabrikate dagegen konnten noch nicht ermäßigt werden, da deren Herstellungskosten überwiegend von Löhnen, Gehältern und Anlosen beeinflußt oder durch Rohstoffpreise, wie die für Vorseilen, Marmor, Holter- und verfeinertes Gummi und dergleichen bestimmt werden, die bisher noch nicht zurückgegangen sind.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg: für Anzeigen: Dr. Gust. Berlin, Verlag: Nordost-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags- und Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Gust. Etinger u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Stadt Ratten.
Nach kurzen schweren
Leiden entschlief am Dinstag,
den 3. August 1920,
morgens 2 1/2 Uhr, mein
herzensguter Mann, unser
lieber Vater, Schwager,
Onkel und Onkel, der
Krankenträgerbühnenleiter
Ernst Hardegen
im 54. Lebensjahre.
In lieber Trauer
Lina Hardegen geb.
Grandhomme.
Richard Hardegen.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 7. Aug. 30,
nachm. 3 Uhr, von der
Kapelle des Stettiner Friedhofes
aus statt. 15696

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüften, Gesäß und Beinen.
Da schwere Fälle in 15 Tag.
beseitigt werden, darüber un-
antastbare Heilerfolge be-
stehen und Referenzen
Invalidenstr. 106 **Jacoby**
von 9-5.
Zurückgekehrt.
Sanit.-Rat Rothschild.
Tod u. Teufel
30 Jahre bewährt!
Reichel's Spezialmittel
d. härtesten Wirkungsgrads.
Wanzen-Tind „Radikal“
31. 3. 50, 6. 50, 9. 50 u. 13. 50
Schwaben-Powder „Marial“
3. 50, 7. —, 13. 50, 21. 40.
Anweisungen aus aller Welt.
Otto Reichel, 30, Eisenbahnstr. 4.
Man nehme **Drögerien** nur
in den
der rechten Original-Verpackungen mit
Tod u. Teufel

Pearl Jewelen
Sehr großes Silberlager
Margraf & Co. G.
Kanonierstrasse 9

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen u. leichtesten
Bedingungen. — Preisliste auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 3, Eing. Uferstr.

Dr. med. Holländer,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsunfähigkeit,
Blutanteruchung.
Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2.50
Berlin W 8, Leipziger Straße 104 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 1874*

Ziehung 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31. August
Grosse Geld-Lotterie
zu Gunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen
26 670 Geldgewinne im Gesamtwert von Mark
1 MILLION
250 000
100 000
bar ohne Abzug zahlbar
Lose 6 Mark Porto u. Liste M. 1.10 extra
10 Lose sortiert aus verschied. Tausend **60 M.**
H. C. Kröger Berlin W 8
Friedrichstr. 192-193
Erhältl. bei d. Preuss. Lotterie-Einkassern
sowie in all. Lotterie-Gesch.

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,
ohne Berufsunfähigkeit, Aufklärung, belehrende
Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem
Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Oxygen
Kupfer ... 8,25
Rotguss ... 7,20
Messing ... 4,20
Zink ... 2,20
Fritz Behrens, Blumen-
straße 71
Telephon: Königsstadt 3460.
Golnowitz, 5, Hel
Kupfer No 9,50 p. Rilo
Messing ... 4,75
Zink ... 2,60

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Oranienb.
Tor. 11-16-5
Sonn. 11-1. Soabilla, Soan-
Franzosen, Soantrefisch.
Soantrefisch, Soantrefisch,
ohne Berufsberatung, Teilzahlg.

Metallbetten
Stahlrohrmatratzen, Rinder-
betten, Polster an jeder Mann.
Katalog fr. Eisenmöbelabrik,
Suhl in Thür. 85/15
Zigaretten
ohne Stempel 100 Stück
Mk. 25, — an. **Zigarren**,
100 Stück Mk. 55, — an.
L. Manheimer, Berlin.
Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Nutzeisen jeder Art:
Rund, Flach, Quadrat u. Vandeisen,
Gas-Siede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Telephon 12072. — Gds. Rolthalstr. 3. Telephon 12078.